
INHALT

1	EINFÜHRUNG.....	2
2	STADT- UND REGIONALENTWICKLUNG.....	4
3	WIRTSCHAFT.....	6
4	ARBEIT.....	8
5	NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFT.....	10
6	WALD.....	12
7	VERKEHR.....	14
8	ENERGIE UND KLIMASCHUTZ.....	16
9	STADTPLANUNG.....	18
10	KONVERSION.....	20
11	TOURISMUS.....	22
12	BILDUNG.....	24
13	KULTUR.....	26
14	INTEGRATION.....	28
15	GESUNDHEIT.....	30
16	GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT.....	32
17	SOZIALES MITEINANDER.....	34
18	PARTIZIPATION.....	36
19	FAMILIEN, KINDER UND JUGEND.....	38
20	SENIORINNEN.....	40
21	FAIRER HANDEL UND EINE WELT.....	42
	IMPRESSUM.....	44

1 EINFÜHRUNG

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG, LOKALE AGENDA 21 UND DIE ZUKUNFT DER REGION TRIER

Auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (1992 in Rio de Janeiro) mussten die Regierungen infolge zahlreicher Warnungen und wissenschaftlicher Untersuchungen eingestehen, dass die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Menschen ständig fortschreitet. Belege dafür sind u.a.:

- Verschmutzung der Gewässer,
- Absinken der Grundwasserspiegel,
- Klimaerwärmung,
- Schädigung der Ozonschicht,
- Zunahme extremer Wetterereignisse,
- Vernichtung von Primärwäldern,
- Ausrottung biologischer Arten,
- Schädigung der Böden,
- Erosion der Humusschichten.

Die für die Klimaerwärmung hauptverantwortlichen CO₂-Emissionen entstehen nicht nur vor Ort in Kraftwerken und Industriebetrieben, im Verkehr und im Wohnbereich, sondern auch bei der Verlagerung von Produktionszweigen in Länder mit geringeren Umweltschutzauflagen und dem Import der dort hergestellten Güter.

Die reichen Länder mit etwa einem Fünftel der Weltbevölkerung nehmen etwa vier Fünftel der Naturgüter der Erde für sich in Anspruch. Somit obliegt es diesen Ländern, durch lokal-nachhaltiges Handeln zu einer globalen Lösung des Problems beizutragen.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Regierungen verpflichtet, innerhalb von zehn Jahren nationale Strategien zur nachhaltigen Entwicklung zu erarbeiten. Die Ergebnisse sind beim Weltgipfel von Johannesburg vorgelegt worden. Die Europäische Union und die Bundesregierung erklären in ihren Strategien die nachhaltige Entwicklung zum übergreifenden Ziel ihrer gesamten Politik.

Des Weiteren haben sich die Regierungen vorgenommen, die Städte und Gemeinden zur nachhaltigen Entwicklung anzuhalten und sich dazu in einem breit angelegten Konsultationsprozess mit allen gesellschaftlichen Gruppen zu engagieren. Darauf gründet die "Verfassung" der Lokalen Agenda 21 (abgekürzt LA21). 1994 ist im dänischen Aalborg die "Charta von Aalborg" verabschiedet worden, die festlegt, welche Verpflichtungen die Kommunen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung übernehmen sollen. In Aalborg wurde auch die "Europäische Kampagne zukunftsfähiger Städte und Regionen" als Dachverband der europäischen LA21 ins Leben gerufen. In Deutschland haben derzeit mehr als 2.000 Städte und Gemeinden (von 14.000) einen formellen Beschluss zur LA21 gefasst und sich damit auf die Ziele nachhaltiger Entwicklung verpflichtet.

Was bedeutet das für die Region Trier? Die Wachstumsimpulse in Europa konzentrieren sich auf die sogenannte "Blaue Banane", also das Verdichtungsband von Südostengland über die Rheinschiene bis zur Lombardei. Die Region Trier dagegen ist geprägt durch Desinvestitionen in vielen Bereichen, wie etwa Militär, Infrastruktur, Versorgung, Bildung oder Kultur. Somit nimmt die Standortattraktivität für gewerbliche Neuansiedlungen ab, das Steueraufkommen sinkt, weitere Kürzungen folgen – eine Spirale des Niedergangs setzt ein. Die Armut in der Region ist bereits heute beträchtlich, wenn auch oft versteckt. Gerade jüngere Menschen müssen abwandern, weil sie in der Region keine Stellen finden. Die Bevölkerungsprognosen für Trier und Umgebung lassen erhebliche Verluste erwarten.

Der "Markt" kann das Problem struktureller Benachteiligung nicht lösen. Prosperierende Unternehmen entlassen gleichzeitig Personal

in großem Umfang. Die Rationalisierung im Dienstleistungsbereich, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, ist noch weit von ihrem Abschluss entfernt. Der Kostendruck geht weiter und erzwingt Entlassungen. Die Gewinne ortsansässiger Zweigbetriebe großer Konzerne bleiben nicht in der Region, sondern werden den Zentralen überwiesen.

Wer nach mehr Wettbewerb ruft, der sollte nicht vergessen, dass unsere Region in diesem Wettbewerb benachteiligt ist und zu den wahrscheinlichen Verlierern gehört. Die Hoffnung, durch die Neuansiedlung von Gewerbe diesen Trend zu brechen, ist trügerisch: Die Nachfrage ist gering, die Zahl der Insolvenzen übersteigt die der Neugründungen, der Aufwand für Vorleistungen ist zu hoch und die erhofften Einnahmen aus der Gewerbesteuer bleiben dann meist aus.

Außerdem kommt jede gewerbliche Neuansiedlung nur der jeweiligen Kommune zugute und nicht den benachbarten Gemeinden. Dabei ist die Region eine Einheit mit einer gegebenen, tendenziell weiter sinkenden Kaufkraft. Sie kann nur als Einheit handeln, wenn Nutzen und Kosten gerecht verteilt werden. Dafür fehlt jedoch ein Konzept.

Welche Alternativen gibt es? Birgt die Krise auch eine Chance?

Man muss sich vor Augen führen, dass die Region Trier "im Zentrum Europas", also in der Mitte großer Industrieagglomerationen mit mehr als 30 Millionen Menschen gelegen ist. Sie selbst bildet einen Ausgleichs- und Naherholungsraum mit relativ intakter Natur und interessanter Kultur, eine Insel der Ruhe inmitten von hektischen und aggressiven Ballungsgebieten. Dieses Potenzial zu pflegen und zu bewahren ist die wichtigste Aufgabe für die Region, hierin liegt die Chance in der Krise.

Konkret bedeutet dies, die Natur zu schützen, zu pflegen und zu regenerieren, neue Produktionszweige rund um nachwachsende Rohstoffe zu entwickeln, die Kultur zu bewahren und sorgsam fortzuentwickeln sowie regionaltypische Wirtschaftsweisen (vor allem Weinbau) auszubauen.

Hierin liegt unsere Verantwortung den nachfolgenden Generationen gegenüber, denen wir überzeugende Argumente liefern müssen, um sie von der Abwanderung abzuhalten. Wir müssen den Menschen hier in der Region verlässliche Zukunftsperspektiven aufzeigen. Die nachhaltige und ökologische Sanierung des Baubestandes ist eine Aufgabe erster Ordnung. Außerdem bedarf es eines kreativen Umgangs mit den vorhandenen Kulturschätzen. Ferner gilt: Kaufkraft und Wertschöpfung in der Region halten, Einsatz dezentraler regenerativer Energien, Nutzung von Biomasse, Aufbau intelligenter Produktionsketten im Bereich nachwachsender Rohstoffe.

Es ist unabdingbar, dass Wirtschaftsweisen gefunden werden, die zu einer breiten Streuung der Einkommen führen, die auch Arbeits- und Erwerbslosen gerechte Lebensbedingungen ermöglichen. Nur wenn die Menschen in der Region ein Auskommen finden, werden sie hier auch bleiben – nur dann schaffen sie die Nachfrage, für die andere ein entsprechendes Angebot bereithalten können.

Eine Politik der nachhaltigen regionalen Stabilisierung, die gleichzeitig zur Schonung der globalen Naturressourcen beiträgt – das wäre der Königsweg nachhaltiger Entwicklung, ökologisch, wirtschaftlich und sozial gleichermaßen vernünftig. Dazu will diese Broschüre anregen, dazu will sie Ideen geben.

2 STADT- UND REGIONALENTWICKLUNG

GEMEINSAM STARK

Einführung in die Thematik

Das Konzept der "Nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung" stellt den Versuch dar, eine langfristige Perspektive zu entwickeln, die den heute lebenden Menschen ebenso wie den zukünftigen Generationen ein gutes Leben ermöglicht. Das Ziel guter Lebensverhältnisse umfasst dabei mehr als die wirtschaftliche Produktion und ihre Verteilung. Ebenso wichtig sind die ökologischen Grundlagen der Entwicklung und die sozialen Verhältnisse in Stadt und Region. Wir müssen verstehen lernen, dass zum guten Leben Sicherheit und ein verlässliches Auskommen für alle gehören. Aber wirklicher Wohlstand ist etwas anderes als die bloße Verfügung über Geld. Wichtiger wären die Verfügung über eigene Zeit, selbstbestimmte Tätigkeit, Raum für die eigene Kreativität, aktive Teilhabe und ehrenamtliches Engagement – also Dinge, die man mit Geld nicht kaufen kann.

Leitbild

Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung ist eine Leitidee, die Such-, Lern- und Erfahrungsprozesse aller Menschen auslösen und auf eine langfristige Perspektive ausrichten soll. Die Region Trier eignet sich für dieses Konzept, da sie einen überschaubaren und gestaltbaren Raum darstellt, in dem die Auswirkungen des eigenen Handelns für den Einzelnen/die Einzelne nachvollziehbar, spürbar und beeinflussbar sind.

Eine differenzierte Wirtschaftsstruktur mit vielen kleinen und mittleren Betrieben und

zahlreichen Beziehungen auch über die Landesgrenzen hinweg hilft, konjunkturelle und weltwirtschaftliche Einflüsse zu mildern und Beschäftigungsverluste abzufangen. Dazu brauchen wir eine solide Grundstruktur, die uns von äußeren Schwankungen noch unabhängiger macht. Besonders wichtig wird es sein, die regionale Kaufkraft zu erhalten und für eine breite Streuung des Einkommens zu sorgen, damit gerade junge Menschen nicht zur Abwanderung gezwungen sind. Sonst drohen eine Überalterung der Bevölkerung, Leerstand von Wohnungen, Abbau von Infrastruktur und Entvölkerung der Dörfer.

Im Bereich von Politik und Verwaltung erfordert die gemeinsame Bearbeitung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekte einer nachhaltigen Regionalentwicklung eine Überwindung des Ressortegoismus. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bleibt eine Aufgabe von zentraler Bedeutung. Sie setzt voraus, dass das System der Kommunalfinanzierung auf eine neue Grundlage gestellt wird.

Aber auch Verbände, Bildungsinstitutionen und andere regionale Akteure müssen sich der Verantwortung stellen und zu enge Interessenvertretungen aufgeben. Eine Strategie nachhaltiger Stadt- und Regionalentwicklung in der Region Trier kommt nur auf der Grundlage einer Kooperation der regionalen EntscheidungsträgerInnen zustande. Das Regionale Entwicklungskonzept und der Regionale Raumordnungsplan müssen im Sinn der Nachhaltigkeit fortgeschrieben werden. Die Maßnahmen, die im Regionalen Energiekonzept vorgeschlagen wurden, sind umzusetzen.

Handlungsziele

Ein wesentliches Handlungsziel besteht in der Ausrichtung des "Entwicklungskonzeptes Region Trier" auf eine nachhaltige Entwicklung. Darin muss auch das Verhältnis zwischen Stadt und Region neu geklärt werden. Ein weiteres Ziel muss sein, dieses regionale Entwicklungskonzept auch wirklich zu einer Leitschnur für das Handeln aller regionalen Akteure zu machen. Wir sollten uns mehr auf die Schätze der eigenen Region verlassen, wie etwa Biomasse als Energieträger, Holz als Baustoff, nachwachsende Rohstoffe als Produktionszweig. Die ökologische Erneuerung der Baubestände und die Förderung erneuerbarer Energien sind wichtige praktische Handlungsfelder. Die Schließung regionaler Wirtschaftskreisläufe kann die Region unabhängiger von äußeren Einflüssen machen. Ein wichtiger Schritt wäre der Ausbau der LA21 zu einem regionalen Nachhaltigkeitsrat, der die genannten Aufgaben für die gesamte Region Trier übernimmt und Anstöße zu Schritten in Richtung einer nachhaltigen Regionalentwicklung gibt.

Indikatoren

Es gibt eine Vielzahl von Vorschlägen für Indikatoren, mit deren Hilfe die regionale Entwicklung beurteilt werden kann. Indikatoren dienen der Planung, wo sie dringenden Handlungsbedarf erkennen lassen und bei der Erfolgskontrolle getroffener Maßnahmen eingesetzt werden. Sie sollen signalisieren, ob sich die Region weiter in Richtung auf nachhaltige Entwicklung bewegt hat. Damit dienen sie auch der Unterrichtung der Öffentlichkeit. Es gibt Indikatorensysteme auf allen politischen Ebenen. Was sich für die Region eignet, muss in Zukunft eingehender geprüft werden. Sicher aber ist, dass eine wirtschaftlich und gesellschaftlich stabile Region daran zu erkennen ist, dass vor allem junge Menschen nicht aus ihr abwandern

Positive Beispiele

- Regionen Aktiv – Modellregion Bitburg-Prüm.

- Lokale Agenda 21 Trier, LAUNE-Netzwerk.
- Netzwerk Regionen der Zukunft.
- Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz.
- Agenda-Transfer – Agentur für Nachhaltigkeit.

Maßnahmen für die Zukunft

- Stärkung der LA21 in den Kommunen.
- Verstärkung der regionalen Kooperation.
- Erneuerung der Baubestände fördern.
- Förderung regenerativer Energien.
- Aufbau einer regionalen Energieagentur.
- Errichtung eines Rats für Nachhaltige Regionalentwicklung.
- Konkrete Aktionen mit BürgerInnen, Schulen, Unternehmen, Verwaltungen.
- Verstärkung der grenzüberschreitenden und interkommunalen Zusammenarbeit.

Kontakte

Lokale Agenda 21 Trier e.V.: Palaststraße 13, 54290 Trier; 0651/9917753; www.la21-trier.de

Planungsgemeinschaft Region Trier: Balduinstraße 6, 54290 Trier; 0651/9494-645/646

Regionen Aktiv – Modellregion Bitburg-Prüm: Trierer Straße 1, 54634 Bitburg; 06561/15-4111; www.eifel-qualitaet.de

Landeszentrale zur Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz: Postfach 3160, 55021 Mainz; 06131/16-4433; www.umdenken.de

Agenda-Transfer – Agentur für Nachhaltigkeit GmbH: Budapester Straße 11, 53111 Bonn; 0228/60461201; www.agenda-transfer.org

Netzwerk Regionen der Zukunft: www.zukunftregionen.de

3 WIRTSCHAFT

REGIONAL DIE ERSTE WAHL

Einführung in die Thematik

Im Rahmen der Globalisierung nimmt weltweit der Produkthandel zu. Das führt zu einem wachsenden Verkehrsaufkommen. Die Liberalisierung der Wirtschaft im Zuge der Globalisierung erhöht den Rentabilitätsdruck und verstärkt Marktkonzentrationen. Dadurch werden einige Regionen privilegiert, andere marginalisiert. Darüber hinaus hat die Ausdehnung des Verkehrs fatale Folgen für das Erdklima: Schon jetzt ist eine Erwärmung des Weltklimas zu verzeichnen, bei der noch kein Ende abzusehen ist.

Auf nationaler wie europäischer Ebene werden Regionen in zunehmendem Maße als Stützen einer nachhaltigen Entwicklung bezeichnet. Die regionale Ebene stellt einen wesentlichen Schlüssel für nachhaltiges Wirtschaften dar, denn eine regionale Ökonomie ist umweltschonend, kurze Wege wirtschaftlich und Arbeitsplätze vor Ort beleben soziale Beziehungen. Wenn Holz dort zum Bauen eingesetzt wird, wo es geschlagen wird, bleibt auch der Gewinn in der Region.

Leitbild und Handlungsziele

Auf die regionale Vermarktung verstärkt zu setzen, bietet eine Reihe von Vorteilen und Chancen:

- Produktion und Verkauf der Produkte bleiben in der Region, die VerbraucherInnen wissen, wo die Produkte herkommen, erzeugt und verarbeitet werden, was vertrauensfördernd ist.
- Das erzielte Einkommen bleibt in der Region. Das führt zur Stärkung der regionalen Nachfrage sowie zur Erhöhung des Wertschöpfungspotenzials in der Region und somit zu mehr Beschäftigung.
- Wirtschaftliche Bedürfnisse werden auch über den informellen Sektor befriedigt.

- Kurze Transportwege und regionale Wirtschaftskreisläufe schonen die natürlichen Ressourcen und tragen damit wesentlich zum Schutz der Umwelt bei.
- Die Frische der Produkte wird ohne lange Transportwege besser gewährleistet.
- Regionale Produkte werden direkt vermarktet.
- Die regionale Vermarktung schafft ein großes Qualitätsbewusstsein.
- Die regionale Vermarktung trägt zum Erhalt der heimischen Kulturlandschaft bei.

In Europa regt sich diese Entwicklung allerorten. Wenn auch noch klein im Ausmaß, gewinnt sie doch zunehmend an Boden. Akteure in Regionen können durch Kooperation ihre Ressourcen, Fähigkeiten und Erfahrungen bündeln und damit Vorteile für die gesamte Region schaffen.

Regionale Kooperation und überregionaler Handel schließen sich nicht gegenseitig aus. Gerade für grenznahe und ländliche Gebiete wie die Region Trier kann der grenzübergreifende Handel von großer Bedeutung sein. Das entscheidende Kriterium ist die räumliche Nähe. Sowohl ökonomisch als auch ökologisch ist es sinnvoll, Transportwege zu vermeiden.

Die Region Trier zeichnet sich aus durch einen hohen Anteil handwerklicher sowie kleiner und mittlerer Unternehmen. Gerade solche Betriebe sind aus Sicht eines nachhaltigen Wirtschaftens von großer Bedeutung. Diese meistens von InhaberInnen geführten Unternehmen setzen oft ohne es zu wissen, viele Nachhaltigkeitsprinzipien um: Sie handeln vielfach im hohen Maße sozial und ökologisch verantwortlich und verfolgen dabei sinnvolle ökonomische Strategien. Sie pflegen ihre Geschäftsbeziehungen (Absatzmärkte, LieferantInnen, etc.) hauptsächlich in der Region, wo sie ansässig sind, wodurch sie ihren Beitrag zur Schließung der regionalen

Wirtschaftskreisläufe und Stärkung der regionalen Kaufkraft leisten. Durch ihre kurzen Lieferanten- und Absatzwege schonen sie die Umwelt. Sie beschäftigen hauptsächlich MitarbeiterInnen aus der Region, wodurch sie die regionale Beschäftigung und Nachfrage fördern. Durch eine überschaubare Anzahl der MitarbeiterInnen und gute, oft familiäre Beziehungen zwischen Beschäftigten und EntscheidungsträgerInnen sowie durch besondere Verbundenheit zu "ihrer" Region zeichnen sich diese Unternehmen vielfach durch ein hohes Maß an sozialer Verantwortung sowohl gegenüber ihren Beschäftigten als auch der Region aus.

Gerade aber solche Unternehmen werden durch die voranschreitende Globalisierung und die Konkurrenz der internationalen Konzerne in ihrer Existenz zunehmend gefährdet, was zwangsläufig Einwirkungen auf ihren sozialen Charakter hat. Um gegen diese Tendenzen zu wirken, müsste die vornehmliche Aufgabe der städtischen und regionalen Wirtschaftspolitik sein, die kleineren und mittleren Unternehmen zu fördern und für diese die geeigneten Rahmenbedingungen gegen die negativen Einflüsse der Globalisierung und zunehmenden Wirtschaftsliberalisierung zu schaffen. Eine möglichst gezielte Vergabe öffentlicher Aufträge wäre eine dieser Maßnahmen.

Indikatoren

- Ausgewogene Wirtschaftsstruktur: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen.
- Anzahl der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben im Verhältnis zur Anzahl der Großbetrieben.
- Anteil der Betriebe, die einen großen Teil ihres Umsatzes (> 75 %) innerhalb der Region erwirtschaften.

Positive Beispiele

- DirektvermarkterInnen in der Region.
- Bioläden in der Region.
- Unternehmen, die sich der Umwelt und der sozialen Verantwortung verpflichtet fühlen.

Maßnahmen für die Zukunft

- Stärkung der Wettbewerbs-, Anpassungs- und Innovationsfähigkeiten von kleinen und mittleren Unternehmen.
- Unterstützung von Unternehmensansiedlungen und Existenzgründungen.
- Entwicklung und Intensivierung des Dialogs zwischen den Unternehmen und den gesellschaftlichen Gruppen, wie sozialen und ökologischen Organisationen, Behörden und KundInnen.
- Gezielte Vergabe öffentlicher Aufträge an lokale Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften.

Kontakte

Stadt Trier – Amt für Wirtschaftsförderung:

Hindenburgstraße 2a, 54290 Trier; 0651/718-1830; www.trier.de

IHK – Industrie- und Handelskammer Trier: Herzogenbuscher Straße 12, 54292 Trier; 0651/9777-0; www.ihk-trier.de

HWK – Handwerkskammer Trier: Loebstraße 18, 54292 Trier; 0651/207-0; www.hwk-trier.de

4 ARBEIT

DIE GESELLSCHAFTLICHE VERANTWORTUNG

Einführung in die Thematik

Viele Fakten sprechen dafür, dass das Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft erreicht ist. Es erscheint unwahrscheinlich, dass in Zukunft noch mit einer Lebensarbeitszeit von 80.000 Stunden gerechnet werden kann. Dagegen sprechen das Tempo und die Eingriffstiefe technologischer Innovationen, die fortschreitende Kapitalintensität in Produktion und Verwaltung, der internationale Konkurrenz- und Kostendruck, die Sparzwänge der öffentlichen Hand sowie die bestehende und weiter steigende Arbeitslosigkeit.

Die Lebensarbeitszeit muss gerechter verteilt werden. Es kann nicht richtig sein, dass ein zunehmender Teil der Menschen zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel hat, während ein kleiner Teil der Besserverdienenden im Überfluss lebt. Das widerspricht den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und sozialer Marktwirtschaft.

Mit der zunehmenden Komplexität des Arbeitsumfelds werden nicht mehr alle Menschen dauernd in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Das bisherige Prinzip, wonach man entweder arbeitet und Steuern sowie Sozialabgaben zahlt oder vom Arbeitslosengeld lebt und keiner Tätigkeit nachgeht, wird sich in Zukunft nicht durchhalten lassen.

Neben der produktiven, bezahlten Arbeit umfasst "Beschäftigung" den weiten Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie die zumeist von Frauen geleistete unbezahlte, reproduktive Arbeit im Haushalt oder der Kindererziehung. Die soziale Bedeutung der Haushalts- und Gemeinschaftsarbeit geht weit über die ökonomische hinaus. Sie hat einen eigenständigen menschlichen Wert, der nicht auf Geld- oder Zeiteinheiten zu reduzieren ist, aber dennoch gesellschaftliche Anerkennung verdient. Diese Aktivitäten bereichern das Familien- und Gemeinschaftsleben, ohne sie

wäre Gesellschaft nicht möglich. Es muss gelingen, den Schritt vom Beschäftigungsprinzip zum Prinzip der gesellschaftlich sinnvollen Tätigkeit zu vollziehen.

Für die Region Trier, die am Rand der Wachstumszentren liegt, ist sowohl dieses Faktum an sich als vor allem seine räumliche Verteilung wichtig. Die Arbeitslosigkeit in der Region wird weiter zunehmen, wobei es lokale Konzentrationen geben wird. Dort werden sich mobile Menschen nur noch durch Abwanderung zu helfen wissen, während die Immobilien in ärmlichen Verhältnissen zurückbleiben.

Leitbild und Handlungsziele

Da Vollbeschäftigung aus vielerlei Gründen nicht erreichbar sein wird, sind neue Formen gesellschaftlich nützlicher Arbeit und neue Formen der Existenzsicherung auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Regionale Stabilisierung wird nur dann gelingen, wenn wir die regionale Wertschöpfung vor Ort halten, die regionale Kaufkraft stärken und für eine breite Streuung der Einkommen sorgen.

Soziale Tätigkeiten sollen gleichermaßen wie Erwerbsarbeit anerkannt werden. Gleichzeitig sind die Zugangsmöglichkeiten zu bezahlter Arbeit zu verbessern. Auch diejenigen, die Angehörige pflegen, ehrenamtlich tätig sind, Teilzeit mit anderen Tätigkeiten kombinieren oder sich für einen neuen Beruf qualifizieren, sollen über ein gesichertes Mindesteinkommen verfügen und Unterstützung gemeinschaftlicher Infrastrukturen erfahren.

Zwar werden die Regeln über Arbeitsentgelte und soziale Sicherung nicht von der Gemeinde oder der Region gemacht. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Gemeinden in erster Linie für die infrastrukturelle Versorgung zuständig sind. Gerade dort, wo Arbeitslosigkeit und Armut drohen, eröffnet sich

damit ein weites Feld zur Unterstützung von Selbstversorgung, Selbsthilfe und gemeinnütziger Tätigkeit.

Indikatoren

- Anteil der Arbeitsverhältnisse mit der Möglichkeit zur Mischarbeit.
- Anteil der Unternehmen, die Nachhaltigkeitsprüfungen durchführen.
- Gesamtarbeitszeit und ihre Aufteilung nach Sektoren bzw. Branchen.
- Arbeitslose nach Alter und Geschlecht.
- Anzahl der Langzeitarbeitslosen an Arbeitslosen insgesamt.
- Anzahl der ehrenamtlich tätigen Menschen.

Positive Beispiele

- BÜS, Bürgerservice gemeinnützige Gesellschaft zur Integration Arbeitsloser.
- Club Aktiv e.V.
- Haus-, Verwaltungs- und Sanierungs-GmbH (HVS).
- Lebenshilfe-Werkstatt Trier.
- Stadtteilmanagement Trier-Nord.
- Trierer Initiative für Arbeitslose e.V. (TINA)
- Verein Jugend und Arbeit e.V.
- Tauschnetz Trier.

Maßnahmen für die Zukunft

Besondere Unterstützung benötigen kleine und mittlere Unternehmen, da gerade sie in unserer Region für Beschäftigung sorgen. Auch sollte überprüft werden, wo im kommunalen Bereich administrative, rechtliche oder fiskalische Hindernisse Selbstversorgung und Eigenarbeit behindern und ob sie beseitigt werden können. In Stadtteil- oder Gemeinde-

zentren könnten denen Werkzeuge und handwerkliche Beratung angeboten werden, die in Selbst- und Nachbarschaftshilfe tätig sein wollen. In Stadt und Region könnten mehr Flächen für die Selbstversorgung (Kleingärten) zur Verfügung gestellt werden. In öffentlichen Parks und an Straßenrändern könnten wieder Obstbäume und -sträucher zur allgemeinen Verfügung gepflanzt werden. Eine wichtige Vorreiterrolle spielen dabei die städtische Verwaltung und die städtischen Eigenbetriebe.

Darüber hinaus seien folgende Maßnahmen genannt: Teilzeitarbeit erhöhen; Förderung von Selbsthilfe-Initiativen und KonsumentInnen-ProduzentInnen-Genossenschaften; Förderung der Produktion für die regionale Subsistenz statt für den Weltmarkt; Anerkennung von Eigenarbeit als Gegenleistung für Eigentumsrechte.

Kontakte

BÜS – Bürgerservice gemeinnützige Gesellschaft zur Integration Arbeitsloser mbH: Monaiser Straße 7, 54294 Trier; 0651/8250101; info@Bues-Trier.de

Club Aktiv e.V.: Schützenstraße 20, 54295 Trier; 0651/978590; www.club-aktiv.de

HVS – Haus-, Verwaltungs- und Sanierungs-GmbH: Karl-Benz-Straße 1, 54292 Trier; 0651/146870; HVS.GmbH.Trier@t-online.de

Lebenshilfe-Werkstatt Trier gGmbH: Diederhofener Straße 27, 54294 Trier; 0651/810070; www.lebenshilfe-werkstatt.de

Stadtteilmanagement Trier-Nord: Am Beutelweg 10, 54292 Trier; 0651/13272; Maria.Ohlig@t-online.de

Trierer Initiative für Arbeitslose e.V. (TINA): Oerenstraße 15, 54290 Trier; 0651/9794132; www.tina-ev.de

Verein Jugend und Arbeit e.V.: Oerenstraße 15, 54290 Trier; 0651/148009; www.jugend-und-arbeit.de

Tauschnetz Trier e.V.: Pfützenstraße 1, 54290 Trier; 0651/9942751; wolfgang.a.schmitt@t-online.de

5 NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFT

UMWELT BRAUCHT GENÜGEND RAUM UND LUFT ZUM ATMEN

Einführung in die Thematik

Eine Voraussetzung für die zukunftsfähige Entwicklung der Stadt ist die Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen (Landschaft, Wasser, Luft, Boden sowie Pflanzen und Tiere), der Umweltqualität sowie der natürlichen Ressourcen. Eine nachhaltige Stadtentwicklung muss den natürlichen Gegebenheiten Rechnung tragen und die Belange des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes und des Freiraumes bei allen künftigen Konzepten und Maßnahmen berücksichtigen.

Leitbild

Neben den ökologisch wertvollen Gebieten in der Umgebung der Stadt Trier muss auch den innerstädtischen Grünflächen als "Grüne Lungen" eine wesentliche Bedeutung zukommen.

Diese Flächen sind nicht nur als Kostenverursacher zu sehen, sondern tragen auch dazu bei, die Stadt attraktiv für den Wirtschaftsfaktor Tourismus und Erholung zu halten. Der Mattheiser Wald (einerseits Rückzugsgebiet für seltene Pflanzen und Tiere, andererseits attraktive Nutzungsmöglichkeiten für Naherholung und Ausflüge), die Mosellandschaft mit ihren Nebenflüssen/-bächen sowie die großflächigen offenen Landschaften und Waldgebiete um Trier (als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesene großflächige attraktive Räume) sollten als Vorzeigeobjekte Triers betrachtet werden. Sie bieten Anreize für TouristInnen, sich länger in der Stadt aufzuhalten und Trier seiner Natur wegen, öfter als Ziel kurzer Erholungsurlaube zu wählen.

Die Bewahrung von Natur und Landschaft im Sinne einer umfassenden örtlichen Umweltvorsorge mit ausgeprägten Netzwerken vernetzter Biotope und Lebensräume muss allgemeines Ziel der Stadt Trier sein.

Dabei soll ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Schutz- und Pflegeinteressen einerseits und den Interessen einer umweltgerechten land- und forstwirtschaftlichen Nutzung andererseits vorhanden sein. Ebenfalls sollen die bestehenden Naherholungsräume gesichert, durchgängig gehalten und weiterentwickelt werden.

Handlungsziele

- Grünflächen als Erholungsräume für Bevölkerung und TouristInnen in Stadt und Umgebung erhalten und fördern.
- Anbindung der Stadt an die Mosel u.a. Durch eine Erweiterung des Allenrings sowie durch Fuß- und Fahrradbrücken zur Mosel.
- Rückzugsgebiete für seltene Pflanzen- und Tierarten erhalten und durch geeignete Maßnahmen fördern und weiterentwickeln.
- Regional charakteristische Landschaftsteile (z.B. Weinberghänge) erhalten.
- Erhöhung der ökologischen Wertigkeit besonderer Biotope durch geeignete Maßnahmen.
- Grünflächen und Baumbestand der Stadt im öffentlichen wie im privaten Bereich erhalten und weiter ausbauen.
- Unnötige Versiegelungen aufbrechen und begrünen.
- Grüngürtel und Bereiche der Frischluftentstehung bzw. Frischluftschneisen erhalten.

Indikatoren

- Anteil und Zustand der öffentlichen und privaten Grünflächen im Vergleich zu bebauten Flächen.

- Anteil der als Schutzgebiete ausgewiesenen Flächen an der Gesamtfläche.
- Anzahl und Größe der ausgewiesenen Biotope in Abhängigkeit ihres vorgeschlagenen Schutzstatus.
- Verhältnis der landwirtschaftlich intensiv zu den extensiv genutzten Flächen.
- Jährliche Flächeninanspruchnahme der "Grünen Wiesen" für Siedlungszwecke.
- Verhältnis der Erholungsflächen zu baulich und landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen.
- Flächenressourcen-Management für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (insbesondere im Bereich der Kyllmündung).
- Einbinden der Mosellandschaft in die Grünflächenplanung als Naherholungsbereich und Badegewässer.
- Frühzeitiges Einschalten der Landespflegebehörden bei allen Planungen.
- Gezielte Arten- und Biotopschutzmaßnahmen.
- Erhalt des innerstädtischen Baumbestandes (Baumkataster, Baumschutzverordnung).

Positive Beispiele

- Vereinbarung und Förderung von Bachpatenschaften (z.B. Biewerbach mit Renaturierung des Mündungsbereichs).
- Erhalt von Streuobstwiesen und "Vermarktung von Obst" zum Erhalt von ökologisch hochwertigen Landschaftselementen (Projekt NABU Trier).
- Ausweisung von ökologisch bedeutenden Flächen und Landschaftsbereichen als Schutzgebiete und -objekte und Naherholungsraum (z.B. Mattheiser Wald, Kenner Flur).
- Erhalt und Entwicklung der Biotop- und Artenvielfalt (Entwicklung der Kyllmündung)
- Wanderwege wie u.a. Hunsrücksteig oder Ruwertalradweg
- Wettbewerb für mehr Grün in Industrie- und Gewerbegebieten.
- Reduzierung des Flächenverbrauchs bei der Siedlungsentwicklung.
- Verbesserung des Kleinklimas durch Entseigelungs- und Begrünungsmaßnahmen.
- Entwicklung von Rad- und Wanderwegen für naturnahen Tourismus und Erholung.

Maßnahmen für die Zukunft

- Systematische Erhaltung und Pflege ökologisch wertvoller Bereiche (z.B. Moselauen, Ehranger Wald, Markusberg).
- Erhalt und Weiterentwicklung von Naherholungsräumen (z.B. Mattheiser Wald).
- Erhalt von extensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen (z.B. artenreiche Wiesen im Bereich der Höhenstadtteile).

Kontakte

Universität Trier – Lehrgebiet Biogeographie:
Sickingenstraße 96, 54296 Trier; 0651/201-4690;
www.uni-trier.de

Universität Trier – Lehrgebiet Geobotanik:
Campus II, H 116/117, 54296 Trier; 0651/201-2393;
www.uni-trier.de

Stadt Trier – Untere Landespflegebehörde:
Am Augustinerhof, 54290 Trier; 0651/718-1608;
www.trier.de

BUND Kreisgruppe Trier-Saarburg: Kaiserstraße 14,
54290 Trier; 0651/48455; www.bund.net/trier-saarburg

NABU – Gruppe Trier & Umgebung: Hauptstraße 20,
54340 Pölich; 06507/802722; www.nabu-trier.de

Pollichia – Verein für Naturforschung und Landespflege: Dagobertstraße 19, 54292 Trier; 0651/53417;
www.pollichia.de

StadtLandFluss-Erlebnisexkursionen e.V.: Pfützenstraße 1, 54290 Trier; 0651/9911552; www.slft-trier.de

6 WALD

WALDWIRTSCHAFT, WALDSCHUTZ UND WALDERLEBNIS – AUCH FÜR KOMMENDE GENERATIONEN

Einführung in die Thematik

Trier – die Stadt im Grünen – verfügt mit rund 3.500 ha Waldfläche innerhalb der Gemarkungsgrenzen über eine äußerst wertvolle und landschaftsprägende Naturressource. Die Stadt Trier nutzt, schützt und pflegt als einer der größten kommunalen Forstbetriebe von Rheinland-Pfalz 2.500 ha eigenen Wald. Für die städtische Bevölkerung, aber auch für die wachsende Zahl der Kultur- und NaturtouristInnen wird die nachhaltige Sicherung der Gesamtleistungsfähigkeit des Waldes mit Blick auf die künftigen Generationen immer wichtiger. Ein ökologisch intakter und nachhaltig bewirtschafteter Wald stellt die wichtigen Schutz- und Erholungsleistungen bereit und produziert auf natürliche Weise den wertvollen und nachhaltenden Rohstoff Holz.

Aktiver Waldschutz, Flächenerhalt, planmäßige naturnahe Waldnutzung, Waldpflege und Waldverjüngung müssen für die Entwicklung der Leistungsvielfalt unserer Wälder gemeinsam mit der Forstverwaltung garantiert werden.

Leitbild

Der heute moderne Grundsatz der Nachhaltigkeit ist in der Forstwirtschaft vor etwa 200 Jahren mit dem Prinzip, nur soviel zu nutzen wie wieder nachwächst und für geerntete Bäume neue zu pflanzen, entwickelt worden. Das Leitbild moderner Waldwirtschaft im Stadtgebiet muss auf die Nachhaltigkeit aller Waldleistungen, nicht nur der Holzproduktion, bezogen sein. Naturverträgliche Erholungs-, Freizeit- und Tourismusleistungen des Waldes müssen ebenso aktiv produziert werden, wie der Schutz von Boden, Wasser und Luft.

Diese Wirkungen und Leistungen sollen gleichberechtigt, örtlich auch vorrangig zur erwerbswirtschaftlichen Nutzung des Waldes sein. Das konsequente Bekenntnis zur fachlich definierten, naturnahen Waldwirtschaft ist dabei Ausdruck des Bestrebens, Ökologie und Ökonomie miteinander zu verbinden. Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Umweltbildung wird eine neue Waldlobby geschaffen.

Handlungsziele

- Die einzigartigen Wälder um Trier als Teil der Schöpfung für Wasser-, Boden- und Klimaschutz, für Immissions- und Lärmschutz in der Fläche und waldbaulichen Struktur erhalten.
- Den Waldaufbau, die Infrastruktur und Erholungseinrichtungen des Waldes für das Wohlbefinden der Menschen sichern und verbessern.
- Die Wälder als Rückzugsräume seltener Tier- und Pflanzenarten schützen.
- Nachhaltige Produktion des nachwachsenden und ökologisch wertvollen Rohstoffes Holz auf forstfachlicher Grundlage.
- Nutzung aller Chancen zur verstärkten Verwendung des CO₂-neutralen Energieträgers Holz.
- Entwicklung von Angeboten erfahrungs- und handlungsorientierter Umweltbildung.
- Bewusstmachung der kulturgeschichtlichen Besonderheiten des Stadtwaldes.

Indikatoren

- Zustandserfassung und Kontrolle der Nachhaltigkeit und naturnahen Waldwirt-

schaft im Rahmen der 10-jährigen Forsteinrichtungsplanung.

- Überprüfung der ökologischen Standards einer modernen Waldwirtschaft im Rahmen der Waldzertifizierung. (PEFC)
- Jährliche Maßnahmenpläne und Vollzugskontrolle des Forstamtes Trier für die Forstbetriebe.
- Analyse des Bedarfs und der Qualitätsstandards an Erholungsinfrastruktur.
- Nachfrage- und Zielgruppenanalyse waldbezogener Umweltbildung; Nutzungsintensität Wildgehege, Haus des Waldes, Mattheiser Wald.
- Bestand an Alt hölzern (Eiche, Buch u.ä. und Anteil dieser Althölzer in Naturwaldzellen)

Positive Beispiele

- Beschlüsse des Stadtrates zur Umsetzung naturnaher Waldwirtschaft und Zertifizierung.
- Haus des Waldes, Wildgehege; Waldjugendspiele, Umweltbildungsangebote.
- Maßnahmenplanung, Organisation und Durchführung waldbezogener Maßnahmen des Forstamtes Trier gemeinsam mit Kooperationspartnern.
- Hohes Potenzial stabiler, gesunder und naturnaher Wälder.

Maßnahmen für die Zukunft

- Konsequente Ausrichtung der Forstbetriebe am Leitbild der naturnahen Waldwirtschaft und Sicherung der Zukunftsfähigkeit forstbezogener Arbeitsplätze.
- Hinwirken auf die Verwendung von Holz als Baustoff und Energieträger bei kom-

munalen Investitionsbeschlüssen und Planungen.

- Unterstützung des Projektes einer deutsch-luxemburgischen Holzroute.
- Entwicklung eines naturverträglichen Freizeitnutzungskonzeptes im Stadtwald durch Forstverwaltung und Tourismusverbände.
- Entwicklung einer waldbezogenen Umweltbildungskonzeption, Vernetzung der KooperationspartnerInnen, Gesundheitsförderung, Sinnesschulung.
- Entwicklung von Naturerfahrungsräumen zur Erholung in der Stille.
- Pflege der Natur- und Kulturdenkmäler im Wald.
- Rasche vollständige Entmunitionierung und Renaturierung militärischer Liegenschaften im Mattheiser Wald.
- Erhalt eines best. %-Satzes (ca. 10%) an Althölzern im Rahmen einer nachhaltigen ökologischen Waldbewirtschaftung
- Samenbanken und Aufzucht von Nachwuchs aus Althölzern (Projekt „Junge Riesen“)

Kontakte

Forstamt Trier: Im Heiligenbungert 1, 54317 Kasel; 0651/82497-0; forstamt.trier@wald-rlp.de

Stadt Trier – Liegenschaftsamt: Karl-Marx-Straße 19, 54290 Trier; 0651/718-1230; www.trier.de

Forstverein Rheinland-Pfalz/Saarland – Geschäftsstelle SGD Süd – Zentrale der Forstverwaltung : Friedrich-Ebert-Straße 14, 67433 Neustadt/Weinstraße; 06321/99-2896

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald: Richard-Müller-Straße 11, 67823 Obermoschel; 06362/993201; www.sdw-rlp.de

7 VERKEHR

MOBIL OHNE STRESS BEI GESUNDER LUFT

Einführung in die Thematik

Verkehr ist der Mittler zwischen den Grundfunktionen des städtischen Lebens wie Wohnen, Arbeiten, Lernen, Besorgen, Freizeit, Erholung etc. Das gesamte tägliche Verkehrsaufkommen in Trier setzt sich zu ca. 60 % aus Binnenverkehr, zu ca. 30 % aus Ziel- und Quellverkehr und nur zu ca. 10 % aus Durchgangsverkehr zusammen. Daraus ergibt sich, daß der Bau von Umgehungs- und Fernstraßen keinen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme leisten kann, sondern daß der Binnenverkehr bei der Erarbeitung des Verkehrskonzepts eindeutig Priorität besitzen muss. Vor allem der Autoverkehr überschreitet die Grenzen des Erträglichen, belastet massiv die Umwelt, beeinträchtigt das Stadtbild und behindert Fuß-, Fahrrad- und Öffentlichen Verkehr. In diesem Rahmen sind Maßnahmen mit dem Ziel der Verkehrsminderung bzw. -vermeidung, der Verbesserung des Verkehrsablaufs und der Bevorzugung umweltgerechter Verkehrsmittel zu entwickeln.

Leitbild

Sinnvolle Zuordnungen der Bereiche der o.g. Grundfunktionen ergeben kurze tägliche Wege. Dies ist in erster Linie eine Aufgabe der Flächennutzungsplanung (FNP). Daher muss die Flächennutzungsplanung vor allem dem Grundsatz "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" und der Förderung kleinräumiger Strukturen folgen. Gebiete mit hoher Einwohner- und Arbeitsplatzdichte begünstigen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), während flächige Nutzungen mit geringer Dichte dem Motorisierten Individualverkehr (MIV) entgegenkommen. Kurze Distanzen zwischen den Bereichen unterschiedlicher Nutzung motivieren zur Erhöhung des Fußgänger- und Fahrradverkehrsanteils am Gesamtverkehr. Somit dient die vom flächigen Prinzip abkehrende Planung sowohl der Förderung des ÖPNV als auch des nicht-motorisierten Verkehrs. Kurze Wege ergeben sich durch die Ausweisung von Mischgebieten. Priorität braucht die Förderung des ÖPNV und des Fuß- und Fahrradverkehrs. Dies muss sich auch im Haushalt der Stadt widerspiegeln.

Was bedeutet das für die Stadt und die Region Trier?

Die Förderung des ÖPNV verlangt zum einen, dass der Interessenskonflikt in den Stadtwerken (Parken in Trier versus Verkehrsbetrieb) politisch klar zu Gunsten des ÖPNV entschieden wird. Sie verlangt aber auch, dass innovative Tarifmodelle (z.B. beitragsfinanzierter Nulltarif, Bürgerticket entspr. Semesterticket, günstiges Studenticket usw.) ernsthaft geprüft und auf ihre Anwendbarkeit für Trier untersucht werden. Der weitere Ausbau des Buslinienetzes, die Verdichtung der Fahrplankarte und der Abbau von Behinderungen durch den Kfz-Verkehr sind dabei Grundbedingungen eines attraktiven ÖPNV.

Die beiden rechts und links der Mosel verlaufenden Bahnstrecken können potentiell das Stadtgebiet gut erschließen, und das Netz verzweigt sich in die Eifelstrecke, die Mo-

selstrecke, die Saarstrecke, die Obermoselstrecke und die Strecke nach Luxemburg günstig in die Region. Dieses Erschließungspotential, dem inzwischen allerdings eine Bahnstrecke in den Hunsrück fehlt, ist durch den wieder aufzunehmenden Bau weiterer Bahnhaltepunkte im Bereich von bestehenden und geplanten Nutzungskonzentrationen für den Nahverkehr zu aktivieren. Dadurch kann das Trierer Schienennetz S-Bahn-Qualität erhalten.

Eine besondere Bedeutung kommt einer ÖPNV-Verbindung mit eigener Trasse zwischen der Talstadt und dem Universitäts-Höhenstadtteil durch den Petrisbergaufstieg zu. Kurzfristig ist zu versuchen, die für die Busse nachteiligen Staubereiche durch innovative Neuprofilierung der Straßen und Signalschaltungen zu entschärfen.

Trotz seiner Berge kann Trier Fahrradstadt sein; nur ca. 15 – 20 % aller Verkehrsbeziehungen muss eine Höhenstufe überwinden. Mit Leih- und Elektrofahrrädern, einfachen Infrastrukturmaßnahmen und engagierter Kommunikation ist der Fahrradanteil beträchtlich zu steigern.

Trier als Stadt mit klimatisch ungünstigen Grundbedingungen (Talkessel mit häufiger Inversionswetterlage) ist auf eine Verbesserung des Klimas und der Luftreinhaltung angewiesen. Der MIV verursacht den höchsten Anteil der Luftverschmutzung. Daher muss die Förderung einer nachhaltigen Mobilität eine höhere Priorität erhalten.

Handlungsziele

- Gleichberechtigtes Miteinander aller VerkehrsteilnehmerInnen bzw. Verkehrsformen.
- Erstellen des neuen Mobilitätskonzepts unter Berücksichtigung der derzeit absehbaren künftigen Entwicklungen der verkehrserzeugenden Parameter (Einwohner, Arbeitsplätze, Schul- und Studienplätze, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen etc.) unter Hinzuziehung früherer Konzepte, Untersuchungen und Beschlüsse.
- Umlegung der Verkehrsnachfrage auf im Sinne des Umweltverbundes optimierte Netze
- Optimierter Verkehrsablauf (Verkehrsberuhigung, Signalschaltung etc.)
- Erleichterung der Mobilität; Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum bei gleichzeitiger Erhöhung der Sicherheit.
- Stadt- und Umweltverträglichkeit; Aufenthaltsfunktion, Minimierung von Störungen, Eingriffen, Emissionen, Flächenbeanspruchung etc.)

Indikatoren

- Modal Split in regionaler Differenzierung
- Emissionen (Lärm, Abgase, CO₂)

- Unfallzahlen
- Aufteilung der Verkehrskosten

Grundsätze für die Zukunft

- Keine weitere Ausweisung von Bauflächen im Außenbereich, autoarme Erschließung neuer Bauflächen
- Offene Planungen mit Planungsszenarien, Planungsalternativen, Planungsvarianten.
- Beim Wohnungsneubau verbindliche Ausweisung von mindestens zwei gut erreichbaren Fahrradabstellplätzen pro Wohneinheit
- Keine Baugenehmigung mehr für Parkhäuser und Tiefgaragen

Maßnahmen für die Zukunft

Durch bewusste Nutzungsmischung kurze Distanzen für die täglichen Wege: **Fuß- und Fahrradverkehr**

- Bevorzugung der Fußgänger/innen an Knotenpunkten
- Schließung der Lücken im Radverkehrsnetz sowie Freimachung der Geh- und Radwege von parkenden Autos
- Fahrradstraßen
- Im Konfliktfall zwischen Radweg und Parkspur Entscheidung zugunsten des Fahrrads
- Umgestaltung der noch autodominierten Plätze
- Flächendeckende Tempo-30-Zonen
- Moselstege an ehemaligen Fährstandorten, u.a. als Voraussetzung für die Umgestaltung des Weltkulturerbes Römerbrücke; "Stadt am Fluss"
- Feststellen von Gefahrenpunkten und Ausarbeiten von Verbesserungsmöglichkeiten in Abwägung der verschiedenen VerkehrsteilnehmerInnen (Fortführung von Bestandsaufnahme/-analyse der Verkehrswege, insbesondere in der Kernstadt).
- Leihfahrradsystem, u.A. auch Elektrofahrräder
- Technisch verbesserte Fahrradmitnahme in Bus und Bahn

Zur Überwindung der verbleibenden größeren Distanzen im Stadtgebiet und für den Ziel- und Quellverkehr zwischen Stadt und Region in Umkehrung der bisherigen faktischen Priorisierung des MIV künftig eine Priorisierung des **Öffentlichen Personennahverkehrs** auf einem attraktiven Netz mit dichten und abgestimmten Fahrplänen:

- neue Stadt- und Regionalbahnhaltepunkte im Stadtgebiet (Haupt- und Weststrecke) und an den Nutzungsschwerpunkten der Umlandgemeinden
- Synergieeffekte der Talstadterschließung durch Weststreckenhaltepunkte und neue Moselstege (Teilbeitrag zum Programm "Stadt am Fluss")
- Verknüpfung des Luxemburger mit dem Trierer Bahnverkehr
- ein dichtes Busnetz möglichst mit eigenen Spuren und eher mit vielen kleinen als mit wenigen großen Bussen
- der Petrisbergaufstieg als ein vom Straßenverkehr unabhängiges öffentliches Verkehrsmittel zur Überwindung der Höhenstufe zwischen "Talstadt" und "Oberstadt":

- attraktive Fahrkartentarife und gezielte Bewerbung der Vorteile, Möglichkeiten und Angebote des ÖPNV, z.B. Jobticket
- Umsetzungsmöglichkeiten zur Verkehrsentlastung der Innenstadt und Förderung des ÖPNV durch (beitragsfinanzierten) Nulltarif bzw. günstigen Studententarif prüfen.

Strukturell sinnvolle Straßenbaumaßnahmen:

- Trier-Nord: A 602 – Metternichstraße – Moselbahndurchbruch – Kürenzer Straße Entlastung Ambrosiusquartier, Rückbau Reichsabtei
- Trier-West: Neue Trasse parallel zur Bahn, Erschließung der zu nutzenden Brachflächen und Stadtteilentlastung
- Einstellung ökologisch problematischer Verkehrsprojekte, z.B. Moselaufstieg und Meulenwaldauto-bahn; statt dessen umwegfreie Anbindung der südlichen und westlichen Talstadt und des Gewerbegebiets Monaise durch eine Trasse in Verlängerung der Konrad-Adenauer-Brücke zur A 64 bei Trierweiler anstelle des Moselaufstiegs (B 51 neu)

Dauernde Aufgaben werden sein:

- Betriebliches Mobilitätsmanagement
- Einrichtung eines "wiederkehrenden Verkehrsaudits" mit Fachleuten und PraktikerInnen (z.B. Behindertenvertretungen, Umwelt-, Fahrgast- und Fahrradverbänden, FahrlehrerInnen u.ä.).
- Kosten-Nutzen-Analyse aller Verkehrsplanungen mit Betrachtung jeglicher Kosten (z.B. auch mit Berücksichtigung des Kostendeckungsgrads des Kfz-Verkehrs).
- Offene Kommunikation in Planungsfragen.

Kontakte

Stadt Trier – Stadtplanungsamt: Kaiserstraße 18, 54290 Trier; Tel. 0651/718-2611

Stadt Trier – Tiefbauamt: Am Augustinerhof, 54290 Trier; 0651/718-4660; www.trier.de

Universität Trier – Raumentwicklung und Landesplanung: Campus II, H 631, 54296 Trier; 0651/201-4551; www.uni-trier.de

Verkehrsclub Deutschland (VCD) – Kreisverband Trier-Saarburg e.V.: Postfach 3844, 54228 Trier; 0651/41285; 0651-48833; www.vcd.org

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC) – Kreisverband Trier e.V.: Südallee 53, 54290 Trier; 0651/35745; www.adfc-trier.de

Zweiradwerkstatt der Bürgerservice gGmbH: Hornstraße 32, 54292 Trier; Tel. 0651/89555; www.bues-trier.de

8 ENERGIE UND KLIMASCHUTZ

MIT ENERGIE ZU EINEM GESUNDEN KLIMA

Einführung in die Thematik

Sind Klimaschutz und Nutzung von Energie vereinbar? Großräumiger Klimaschutz muss zu einer deutlichen Reduktion der Emissionen bei der Energieerzeugung und von Treibhausgasen beitragen. Dies erfordert einen effektiven und sparsamen Umgang mit Energie in Wirtschaft, Verwaltungen, Bildungseinrichtungen und privaten Haushalten.

Vorrangige Emittenten von Treibhausgasen sind die Industrie, der Verkehr und die privaten Haushalte. Unter den Industrien steht die Energiewirtschaft an erster Stelle.

Leitbild

Der weitaus wichtigste Beitrag zu einer zukunftsweisenden Energiepolitik ist die Energieeinsparung. Besonderer Handlungsbedarf besteht in Industrie und Gewerbe, beim Verkehr und im privaten Bereich. Im Neubau sind die gesetzlichen Maßnahmen vorhanden und vorerst ausreichend, sofern sie wirklich ausgeschöpft werden (z.B. Kontrolle der Energieeinsparverordnung). Das bei weitem größte und bislang völlig unausgeschöpfte Potenzial liegt in der nachhaltigen Sanierung der Baubestände. Die technischen Einsparpotentiale dürften deutlich über 50 Prozent liegen, die wirtschaftlichen hängen sehr stark von den Möglichkeiten der öffentlichen Förderung ab.

Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Versorgung mit regenerativen Energien. Regenerative Energien sind dezentrale Energien, d.h. sie erreichen die höchsten Effizienzgrade dann, wenn sie am Ort der Umwandlung auch genutzt werden. Aus Sicht der erreichbaren Effizienzgrade steht die Kraft-Wärme-Kopplung deutlich im Vordergrund, es folgt die Versorgung mit Erdgas (in Bereichen mit bereits existierenden Hauptleitungen), die Verfeuerung von Biomasse, die Wind- und Wasserkraft sowie die Solarenergie (thermisch und elektrisch).

Als Mitglied im Klimabündnis hat sich Trier dem globalen und auch kleinräumlichen Klimaschutz offiziell verpflichtet (diese Verpflichtung ist leider für Außenstehende nicht erkennbar).

Es wäre falsch, Klimaschutz auf Energiepolitik und Nachhaltigkeit auf Klimaschutz zu reduzieren. Ziel einer vorsorgenden Klimaschutzpolitik ist, Energie zu sparen, die Effizienz konsequent zu steigern, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen sowie unser Lebens- und Konsumverhalten zu verändern.

Überdies erforderlich sind die intelligente Nutzung von Wasser, die Reduzierung der Flächenversiegelung, die Reduzierung des Abfallaufkommens und die Förderung der Begrünung. Die Bereitschaft für hierfür erforderliche Verhaltensänderungen ist durch gezielte Informationen zu erhöhen und zu stärken.

Investitionen in Energieeinsparung und sinnvolle Energieverwendung haben auch positive wirtschaftliche Effekte: Sie tragen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei, insbesondere im Bau- und Handwerksbereich, und stärken dadurch regionale Wirtschaftskreisläufe. Dabei kommt der Altbausanierung im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung insbesondere vor dem Hintergrund der in Trier zu erwartenden rückläufigen Einwohnerzahlen, enorme Bedeutung zu.

Handlungsziele

- Energieeinsparung im öffentlichen und privaten Bereich.
- Energieoptimierte Altbausanierung, Beginn mit den öffentlichen Gebäuden.
- Nutzung der regionalen regenerativen Energien (insbesondere Sonnen- und Biomassenpotenziale).
- Energieoptimierter Neubau (Einsatz regenerativer Energien in der Bauleitplanung festlegen).

- Energieberatung auf allen Ebenen, Aufstellen geeigneter Förderprogramme.

Indikatoren

- Gesamtenergieverbrauch in kWh pro EinwohnerIn (EW) und Jahr, aufgeteilt nach Verkehr, Industrie/Gewerbe, Dienstleistung, Verwaltung, privaten Haushalten (daraus sind CO₂ – Emissionen zu berechnen).
- Anteil regenerativer Energien am Gesamtaufwand.
- Anteil des Stroms aus Kraft-Wärme-Kopplung am gesamten Stromverbrauch.
- Fläche Solaranlagen pro 100 EW.
- Leistung Photovoltaik pro 100 EW.

Positive Beispiele

- Bürgerkraftwerk.
- Private Initiativen zur Förderung der regenerativen Energien (z.B. Energietouren der Umweltberatung der Stadt Trier)
- Solaranlage des Hindenburg-Gymnasiums (private Förderung der Anlage).
- Heizkraftwerk des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums.
- Blockheizkraftwerk im Klärwerk der Stadt Trier.

Maßnahmen für die Zukunft

- Förderungen zur Überprüfung der Altbausubstanz auf Energieeffizienz und zur Erarbeitung von nachhaltigen Sanierungsmöglichkeiten zur Energieeinsparung.

- Umsetzung des Regionalen Energiekonzeptes, Erarbeitung des regenerativen Energiepotenzials speziell für die Stadt Trier bezogen auf die einzelnen Energiearten.
- Förderung von Passiv- und Niedrigenergiehäusern.
- Beispielhaftes Verhalten der öffentlichen Verwaltungen bei der Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energien (nachahmenswerte Vorbildfunktion).
- Aufbau einer Energieagentur.
- Förderung des Energiesparens in privaten Haushalten, Dienstleistungsunternehmen sowie Gewerbe und Industrie.
- Langfristig: Errichtung von Blockheizkraftwerken und Heizungsanlagen auf der Basis nachwachsender Rohstoffe.
- Fördern von Contracting-Modellen für die KWK-Versorgung der Gemeinden in der Region.
- Förderung von Photovoltaik-Anlagen durch attraktive Einspeisungsvergütung.
- Förderung von regenerativen Energien im Einklang mit der Natur und dem Landschaftsbild

Kontakte

Solarverein e.V.: Am Knieberg 29, 54293 Trier; 0651/9960245; www.solarverein-trier.de

Stadt Trier – Umweltberatung:
Am Augustinerhof, 54290 Trier; 0651/718-4444;
www.trier.de/umweltberatung

Saar-Lor-Lux Umweltzentrum des Handwerks Trier: Loebstraße 18, 54292 Trier; 0651/207250;
www.hwk-trier.de

Planungsgemeinschaft Region Trier (Hg.): "Regionales Energiekonzept für die Region Trier als Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung", Studie 2001;
www.uni-trier.uni/fb4/soziologie/sozihome.htm

9 STADTPLANUNG

DER ZUKUNFT EIN GESICHT GEBEN

Einführung in die Thematik

Eine Stadt ist ein Hochleistungsgebilde für das erfolgreiche Zusammenleben vieler Menschen. Die Menschen sind eingebunden in ein vielfältiges und enges Netz von Beziehungen, Leistungen und Gegenleistungen. Bei der Anlage einer Stadt kommt es deshalb darauf an, dass die Menschen ihr Leistungspotenzial möglichst effektiv einsetzen, mit anderen austauschen und ihre eigenen Lebensbedürfnisse möglichst ohne Zeit- und Wegeverluste befriedigen können. Das führt automatisch zu einer kompakten Stadt.

Aber auch die hohen gemeinschaftlichen Kosten für Bau und Unterhaltung der Infrastruktureinrichtungen und der technischen Ver- und Entsorgung einer Stadt sowie der damit verbundene Verbrauch von Grundflächen und Ressourcen und die Kosten des Verkehrs beim Austausch von Personen, Waren, Gütern und Leistungen haben Städte zu allen Zeiten zu kompakten Gebilden gemacht.

Eine kompakte Stadt ist eine nachhaltige Stadt. Sie "verbraucht" möglichst wenig Landschaft, produziert möglichst wenig Verkehr, ermöglicht ihren BewohnerInnen bestmögliche Nutzung des städtischen Marktes, Entfaltung ihrer Potenziale für das eigene Überleben und Nutzung aller Einrichtungen.

Leitbilder und Handlungsziele

Städtebauliche Planung muss zum Entstehen eines sozialen "Miteinanders" beitragen durch bauleitplanerische Vorgaben eines räumlichen Miteinanders der Gebäude; Vorgaben von Vorgärten, Zwischenräumen und Abständen sollten dieses nicht verhindern.

Nachhaltigkeit beim Bauen in Bezug auf Baumaterialien, Energieeinsatz, Regenwasserrecycling usw. ist eigentlich Sache der Privatwirtschaft. Die öffentlichen Hände können

jedoch unterstützen durch Überzeugung (nachhaltig), finanzielle Anreize und Vorschriften (beides bedingt nachhaltig).

Friedhöfe, Parks, Kleingärten, Sportanlagen usw. sind städtische Einrichtungen, die wie Wohn- und Arbeitsstätten in die Stadt gehören. Sie müssen für möglichst viele BürgerInnen möglichst leicht erreichbar sein, nur dann erfüllen sie ihren Zweck.

Für das Wohnen

- Selbstbestimmte Wohnformen sind nachhaltiger als fremd vorgegebene.
- Wohnsiedlungsformen, welche die Bereitschaft zur Familiengründung fördern, sind nachhaltiger als Singleunterkünfte.
- Soziale Mischung statt Ghettobildung.
- Die Mischung von Wohnen und Arbeiten ist nachhaltig für das Leben in der Stadt.

Für Gewerbe

- Standorte entlang von Infrastrukturachsen mit rückwärtig offenen, entwicklungsfähigen Grundstücken.
- Nähe zu Siedlungsräumen (sparsame Verkehrserzeugung).
- Flächen schonende Ansiedlungsformen.
- Standorte möglichst ohne Emissionskonflikte mit Siedlungsräumen.
- Schwerverkehrerschließung nicht durch Stadtteile.

Für Infrastruktureinrichtungen

- Zentrale Lage im Einzugsbereich.

Für die umgebende Landschaft

- Die umgebende Landschaft einer Stadt steht mit ihr im Austausch in Bezug auf (Intensiv-)Gartenbau und Naherholung.
- Für Naherholung ist die nahe gelegene Landschaft zu erschließen

- Für (Intensiv-)Gartenbau sind besonders wertvolle Böden zu reservieren.

Indikatoren

- (Nicht-)Vernetzung der Siedlungsteile (z.B. "isoliertes" Mariahof, fehlende Moselbrücke für Biewer, Pfalzel und Ehrang).
- Öffentliche technische Infrastrukturinvestitions- und Unterhaltungsaufgaben in Bezug auf die Bevölkerungszahl.
- Fußläufige Erreichbarkeit von Naherholungsräumen.
- Leerstände in nicht selbst bestimmten Wohnformen (vor allem Hochhäuser, wie z.B. Weidengraben, Schammat, Ehrang).
- Anzahl an Baugebieten mit guter Durchmischung (nicht nur besser Verdienende, z.B. Tarforster Höhe, auch wenig störendes Gewerbe).
- Anzahl Gewerbestandorte im Konflikt mit Intensivanbauflächen (Eurener Flur).
- Anteil Gewerbestandorte mit Klima- und Emissionsbelastung für die Stadt (Eurener Flur, Pfalzeler Hafengebiet).
- Anzahl Infrastruktureinrichtungen mit Unterauslastung (z.B. Nell's Park, LGS).
- Grad der Nutzung erschlossener Landschaftspotenziale in Stadtnähe.

Positive Beispiele

- Geschlossene Siedlungsentwicklung nach dem Kriege im Südosten Triers über Heiligkreuz bis unterm Wolfsberg entlang einer zentralen Infrastruktur-, ÖPNV- und Erschließungsachse.
- Intensiv genutzter Erholungsraum Mattheiser Weiher und NSG Mattheiser Wald in engem Kontakt mit angrenzenden Siedlungsräumen Heiligkreuz und Weißmark.
- Gute Verbindung von Siedlung und Naherholungslandschaft im Bereich Petrisberg.

- Verbindung von Wohnen und Arbeiten bei der Modellsiedlung und Bildung urbanen öffentlichen Raumes durch die Zeile am Wasserband auf dem Petrisberg.
- Gute Erschließung vom Naherholungsgebiet Weißhauswald und südlichem Uferstreifen auf beiden Moselseiten.

Maßnahmen für die Zukunft

- Nutzung des Petrisbergs in den Funktionen Wohnen, Arbeiten und Erholung.
- Räumliche Lücken im Bereich der Universität städtisch nutzen, auch unter Berücksichtigung von ausreichend Grünflächen und Flächen für die Erholung.
- Tangentialverbindungen für die bisher nur radial erschlossenen Stadtgebiete herstellen, einschließlich Bau einer Nordbrücke.
- Wohnversorgung sozial schwächerer BürgerInnen mit Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeiten am eigenen Standort (Einfachbauweise statt Geschossbau).
- Herstellung besserer Landschaftsanschlüsse für Trier-Nord (Moseluferweg nach Ruwer, Fußgängerbrücke zum Weißhauswald, Anschluss an Avelertal).
- Fortführung der Freiraumlandschaft Mattheiser Weiher bis in den Mattheiser Wald.
- Offenhaltung von Ehranger Flur und teilweise Biewerer Flur für Landwirtschaft.
- Naherholung im Tiergartental bis Franzenheim mit Fuß- und Radweg.
- Multifunktionale Erschließung der Kenner Flur (Wasserbezogene Freizeit, Landwirtschaft, Landschaftsschutz).

Kontakte

Stadt Trier – Baudezernat: Am Augustinerhof, 54290 Trier; 0651/718-2055; www.trier.de

Stadt Trier – Stadtplanungsamt: Am Augustinerhof, 54290 Trier; 0651/718-3610; www.trier.de

Stadt Trier – Architektur- und Städtebaubeirat: Am Augustinerhof, 54290 Trier; www.trier.de

Freie Büros für Stadtplanung im Kammerbezirk Trier

10 KONVERSION

WIR WANDELN UM

Einführung in die Thematik

Durch den Abzug der französischen Streitkräfte aus Trier und weitere Freigaben militärisch genutzter Flächen, aber auch durch die Schließung großflächiger Gewerbe- und Industriebetriebe ist eine Vielzahl von Liegenschaften unterschiedlicher Größe und Beschaffenheit im gesamten Stadtgebiet frei geworden, die einer neuen Verwendung zugeführt werden muss. Hier wird den PlanerInnen sowie den EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft die einmalige Möglichkeit geboten, den Gedanken der Nachhaltigkeit bei der Umnutzung dieser Liegenschaften zu berücksichtigen.

Militärische und gewerbliche Liegenschaften waren nur bedingt für die Bevölkerung von Trier zugänglich bzw. nutzbar. Auch hatten die Fachbehörden nur eingeschränkt Zutritt zu diesen Flächen. Es verblieben Flächen mit zum Teil enormen Kontaminationen, so genannten Altlasten. Oftmals müssen erhebliche Mittel aufgewandt werden, um diese Flächen zu sanieren.

Bisher konnten schon mehrere Konversionsliegenschaften erfolgreich umgenutzt werden, wobei im Vorfeld den Umweltschutzbelangen Rechnung getragen werden muss (Altlastenbeseitigung). Als Beispiel sei das Areal Castelforte genannt, wo durch Konversion eine vielfältige Neunutzung erreicht werden konnte (Wohnen, Dienstleistungen, Gewerbe und Großraumhalle). In anderen Bereichen, wie etwa Petrisberg, Pionierpark oder Castelnau, sind Umgestaltungsvorgänge bereits weit fortgeschritten. Die Konversion einer Reihe von Militär- und Gewerbebrachen steht aber noch aus. Hier bietet sich der Stadt ein beachtliches Entwicklungspotenzial.

Leitbild und Handlungsziele

Neben den Chancen für die Stadt sind auch die Belastungen (Altlastenproblematik) mit in die Planung einzubeziehen. Aus rein ökologischen Gründen müssten die Flächen bestmöglichst saniert werden. Das ist jedoch extrem teuer und somit ökonomisch nicht immer vertretbar. Der Grad der Sanierung muss von der Folgenutzung abhängig gemacht werden. Da die Folgen der Sanierung und der Folgenutzung weit in die Zukunft reichen, ist der Grundsatz der Nachhaltigkeit hierbei von entscheidender Bedeutung. Fehler sind zum Teil überhaupt nicht oder nur mit erheblichen Kosten zu beseitigen.

Grundsätzlich ist vor einer Konversionsmaßnahme genau zu prüfen, in welchen Bereichen städtischer Nutzungen (Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Erholung und Grünflächen) noch Flächenbedarf vorhanden ist, wobei auch die Umgebung von Trier mit einbezogen werden muss.

Die Folgenutzung von Konversionsflächen schafft die Möglichkeit weiteren Wohnraums und einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Hierbei besteht in Trier höchstens ein Mangel an höherwertigem Wohnraum. Insbesondere ist auch jungen Familien die Möglichkeit zu geben, Wohneigentum zu erwerben.

Durch die Folgenutzung sollte es auch gelingen, weggefallene Arbeitsplätze zu ersetzen bzw. neue zu schaffen. Hier können Interessenskonflikte entstehen, wie es sich an der Liegenschaft Mattheiser Wald beispielhaft zeigt. Der Mattheiser Wald wurde als Naturschutzgebiet und Naherholungsraum für die Trierer Bevölkerung ausgewiesen. Direkt angrenzend ist ein Handwerkerpark geplant. Die Umsetzung würde zwangsläufig zu Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und zu Emissionen führen. Bei der Folgenutzung der Gesamtliegenschaft ist ein behutsamer Inte-

ressenausgleich, auch unter dem Nachhaltigkeitsaspekt anzustreben.

Im Falle gewerblicher Nutzung von militärischer Liegenschaften sollten nicht allein die wirtschaftlichen Interessen des Bauherrn als Planungskriterium herangezogen werden, sondern gleichermaßen städtebauliche und soziale Überlegungen der Stadt. Der Bau des Möbelmarktes auf dem Castelforte-Gelände muss als städtebaulicher Missgriff beurteilt werden, wird doch das Wohnumfeld der neugebauten Einfamilienhäuser durch sein Bauvolumen erheblich beeinträchtigt. Auf der anderen Seite kann die Nutzung der alten militärischen Gebäude z. B. durch die IHK als sehr gelungen bezeichnet werden.

Bei Folgenutzungen besteht die Möglichkeit, ökologische Kriterien in besonderer Weise zu berücksichtigen. So können bei den Gebäuden moderne technische Anlagen zur Reduzierung des Energiebedarfs installiert werden. Regenrückhaltebecken und Oberflächenkanäle entlasten Kläranlagen, reduzieren das Hochwasserrisiko und ermöglichen erhebliche Kostenminderungen.

Schließlich sollten Begegnungsstätten und Grünzonen genügend Berücksichtigung bei der Konversion finden.

Indikatoren

- Größe der geschaffenen Flächen für Wohnen, Dienstleistungen und Gewerbe, Veranstaltungen und Gemeinbedarf.
- Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze.
- Höhe der Kosteneinsparungen bei Oberflächenentwässerung und Energieversorgung.
- Grad der Reduktion von Umweltbeeinträchtigungen.
- Umnutzungsgrad im Vergleich der wirtschaftlich bedeutenden und der wirtschaftlich unbedeutenden Liegenschaften.

Positive Beispiele

- Umnutzung militärischer Liegenschaften Castelforte, Petrisberg und Pionierpark.
- Schaffung von Wohneigentum auf der Liegenschaft Castelnau, insbesondere für junge Familien bzw. für Bevölkerungsgruppen, für die bisher unzureichend Wohnraum zur Verfügung stand.
- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch Ansiedlung von Gewerbe und Dienstleistungen im Bereich Castelforte.
- Beseitigung der Altlasten und Erneuerung der maroden Kanalisation und Oberflächenentwässerung.
- Landesgartenschau Trier und Entwicklung auf dem Petrisberg für die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholung und Natur

Maßnahmen für die Zukunft

- Nachhaltige städtebauliche Entwicklung der Liegenschaften, deren Folgenutzung noch nicht endgültig geklärt ist (z.B. Eisenbahnausbesserungswerk Trier-West)
- Einbindung der BürgerInnen in Planungsprozesse und Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zur Freizeitgestaltung.
- Sanierung der Altlasten auf Brachflächen bzw. Freiflächen.
- Interessenausgleich zwischen Ökonomie, sozialen Gesichtspunkten und Ökologie.
- Erhöhung des Grünanteils in der Stadt als vernetzte Biotopflächen (innerstädtische Grüninseln müssen vermieden werden).

Kontakte

Stadt Trier – Amt für Stadtentwicklung: Saarstr. 2, 54290 Trier; 0651/718-1120; www.trier.de

Stadt Trier – Stadtplanungsamt: Am Augustinerhof, 54290 Trier; 0651/718-3610; www.trier.de

BUND Kreisgruppe Trier-Saarburg: Kaiserstraße 14, 54290 Trier; 0651/48455; www.bund.net/trier-saarburg

Planungsgemeinschaft Region Trier: Balduinstraße 6, 54290 Trier; 0651/9494-645/646

11 TOURISMUS

KREATIVE FORTENTWICKLUNG AUF SOLIDER BASIS

Einführung in die Thematik

In den letzten zwanzig Jahren ist in der Tourismusbranche ein stetiges Wachstum zu verzeichnen, ihr Anteil an der regionalen Wertschöpfung ist leicht gestiegen, die mittlere Übernachtungsdauer ebenfalls. Die Region Trier hat das Glück, eine einzigartige Kombination von Natur- und Kulturschätzen anbieten zu können. Dieses traditionsreiche Erbe gilt es für touristische Zwecke zu nutzen und nachhaltig zu entwickeln.

Die Region Trier liegt im Zentrum eines Rings bedeutender städtischer Agglomerationen: Randstad Holland, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Rhein-Neckar und Saar-Lothringen haben zusammen etwa 30 Mio. EinwohnerInnen. In diesem Rahmen bieten Trier und Umgebung ein großes touristisches Potenzial, insbesondere in den Bereichen Naherholung und Kurzreisen. Die touristische Attraktivität der Region reicht weit ins Ausland: Fast ein Drittel aller Übernachtungen werden von AusländerInnen gemeldet. Im Jahresdurchschnitt liegt die mittlere Übernachtungsdauer in der Stadt Trier bei 1,8. Insgesamt übernachten pro Jahr rund 2 Mio. Gäste in der Region, weitere 14 Mio. Gäste kommen als TagestouristInnen.

So willkommen uns diese TagestouristInnen sind, sie tragen doch auch zur Belastung der Umwelt und der Infrastrukturen und wenig zu ihrer Finanzierung bei. Überdies konzentriert sich der Fremdenverkehr noch immer auf die Sommerspitze, während die Kapazitäten des Gastgewerbes im Winterhalbjahr nicht ausreichend genutzt werden.

Mit einem Umsatz von rund einer Milliarde Euro jährlich stellt der Fremdenverkehr eine bedeutende Wohlstandsquelle für die Region dar. Gleichzeitig ist Tourismus jedoch hochgradig konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Außerdem hoffen neben unserer auch viele andere Regionen darauf, das obere Ein-

kommensegment abschöpfen und einen wirtschaftlichen Aufschwung erzielen zu können. Aber Fremde können nur dann in unsere Region kommen, wenn sie in anderen Regionen zuvor das Geld verdient haben, das sie bei uns ausgeben wollen. Hierauf hat die Region Trier keinen Einfluss.

Leitbild

Es wäre falsch, eine Entwicklungskonzeption für die Region ausschließlich auf Tourismus aufbauen zu wollen. Vielmehr braucht die Region eine stabile, belastbare ökonomische Basis in unterschiedlichen Bereichen.

Für die regionale Stabilisierung sind die Verteilungswirkungen im Tourismus von großer Bedeutung. Wenn die Gewinne aus dem Fremdenverkehr überwiegend von einzelnen überregionalen Großbetrieben abgeschöpft werden, profitiert die Region kaum davon. Es wäre daher vernünftig, vor allem die privaten Übernachtungsmöglichkeiten (auch Untervermietungen) zu fördern. Damit ließe sich den Gästen auch ein Angebot im mittleren oder unteren Preisbereich eröffnen und somit ein neues Nachfragesegment erschließen.

Die touristischen Potenziale und Schätze der Region sind zu nutzen und nachhaltig zu entwickeln: Hierzu zählen u.a. das reiche geschichtliche Erbe, einzigartige Kulturgüter, weitgehend intakte Natur, Wein und Gastronomie, ansprechende Kultur- und Bildungseinrichtungen und gut ausgebaute touristische Infrastruktur. Wer als Gast in die Region kommt, sucht in erster Linie Ruhe, Erholung, Anregung und kreative Betätigung. Zukünftig wird gerade die Gruppe der über 50jährigen eine zunehmende Rolle spielen. Hierfür gilt es gezielte Angebote zu entwickeln. Derartige Angebote sollten überdies darauf zielen, die Verweildauer der Gäste zu erhöhen und einen

Ausgleich über die touristisch schwachen Wintermonate hin zu erwirken.

Hierfür bedarf es einer Stelle, die das Angebot übersichtlich darstellt und das Buchen erleichtert – am besten gleich mit einem Kulturpass, der den vergünstigten Eintritt in Museen und Veranstaltungen verbindet mit der erleichterten Nutzung des ÖPNV.

Insgesamt ist es wichtig, dass sich die Region im Selbstverständnis wie in der Außen-darstellung das Bild des selbstbewussten Kultur- und Umweltraumes zu Eigen macht und sich so als touristisch attraktives Reiseziel stärker positioniert.

Handlungsziele

- Schaffung neuer touristischer Angebote, wie z.B. Kulturaufenthalte in Verbindung mit regionaler Gastronomie und Wein.
- Einbindung und Ausbau von Bildungseinrichtungen (z.B. der über Monate wenig genutzten Hochschulen) in Tourismuskonzepte, Förderung der Weiterbildung.
- Entwicklung von Mosel- und Saartal, gerade in den Bereichen Fahrrad- und Wandertourismus.
- Stärkung des Umweltbereichs (Trier als ökologische Musterregion).
- Ausbau der touristischen Informationsmöglichkeiten und Kontaktstellen.
- Interkommunale bzw. Regionale Zusammenarbeit erweitern.

Indikatoren

- Zahl der Gäste nach Alter, Herkunft und Einkommen.
- Mittlere Aufenthaltsdauer.
- Mittlere Ausgaben.
- Nutzung der Freizeit-, Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Positive Beispiele

- Katholische Akademie
- Antikenfestspiele
- Römerspiele im Amphitheater
- Wein- und Gourmetfestival
- Entwicklung der Orchideenstandorte (NSG Perfeist in Wasserliesch)
- Ruwerradweg
- Wanderwege (z.B. Hunsrück-Steig)

Maßnahmen für die Zukunft

- Erhebung des Potenzials an privater Zimmervermietung, Einrichten einer Vermittlungsstelle.
- Kulturpass, der den Besuch der Museen und die Nutzung des ÖPNV einschließt.
- Aufbau bzw. Weiterentwicklung von Literatur-, Theater- und Musikkursen.
- Angebote für Gruppenreisen, Seminare, Tagungen und Konferenzen, Natur- und Kulturexkursionen.
- Anreize schaffen für Weiterbildungsangebote möglichst in den Wintermonaten.
- Entwicklung des „Römer“-Steigs als Wanderweg bzw. des „Römer“-Radwegs in und um Trier

Kontakte

Universität Trier – Lehrgebiet Fremdenverkehrsgeographie: Campus II, F 971/972, 54296 Trier; 0651/201-4580; www.uni-trier.de

Tourist-Information Trier: Postfach 3830, 54228 Trier; 0651/978080; www.tourist-information-trier.de

StadtLandFluss-Erlebnisexkursionen e.V.: Pfützenstraße 1, 54290 Trier; 0651/9911552; www.slfr-trier.de

Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Landwirtschaft, Wein- und Gartenbau: Egbertstraße 18, 54295 Trier; 0651/2701

Hunsrückhaus am Erbeskopf: 54441 Deuselbach; 06504/9549094; www.hunsrueckhaus.de

Umwelt-Erlebnis-Zentrum GaytalPark: Bitburger Straße 1, 54675 Körperich; 06566/96930; www.gaytalpark.de

12 BILDUNG

LEBENDIG UND ZUKUNFTSORIENTIERT

Einführung in die Thematik

Auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 wurde zum ersten Mal die Frage nach der Rolle unserer Lebensstrategien im weltweiten und integrativen Zusammenhang verbindlich gestellt. In mehr als 40 Einzelkapiteln macht die Agenda 21 deutlich, dass nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung und die Erhaltung der Umwelt ohne Beseitigung von Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen und Geschlechtern eine leere Parole ist.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann nur durch einen Bewusstseinswandel bei einer großen Mehrheit der Bevölkerung erreicht werden. Deshalb erhielt die Bildung in Kapitel 36 der Agenda 21 einen besonderen Stellenwert. Dieses Kapitel beinhaltet folgende Programmbereiche:

- Neuausrichtung der Bildung auf eine nachhaltige Entwicklung,
- Förderung der öffentlichen Bewusstseinsbildung,
- Förderung der beruflichen Ausbildung.

Es wurde betont, dass die Bildung alle anderen Kapitel der Agenda 21 beeinflussen kann und helfen soll, die Lebensgewohnheiten der Menschen im Hinblick auf Konsumverhalten und Produktionsweisen zu verändern. Bildung und Erziehung werden als ein Prozess gesehen, mit dessen Hilfe die Menschen als Einzelpersonen und die Gesellschaft als Ganzes ihr Potenzial voll ausschöpfen können. Sie sind eine Voraussetzung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, weil sie die Fähigkeiten der Menschen erweitern, sich mit Fragen der Umwelt und Entwicklung sowie der inter- und intragenerativen Gerechtigkeit auseinander zu setzen.

Leitbild und Handlungsziele

In diesem Zusammenhang sind sowohl formale als auch nichtformale Bildung für die Schaffung und Entwicklung des Bewusstseins der Menschen für eine zukunftsfähige Entwicklung von Bedeutung. Alle unsere Werte und Einstellungen, unsere Lebensstile und Verhaltensweisen müssen in Bezug auf Zukunftsfähigkeit kritisch überprüft und neu überdacht werden. Dabei sind Erziehung, Bewusstseinsbildung und Ausbildung Querschnittsthemen, die maßgeblich die Umsetzung aller anderen Kapitel der Agenda beeinflussen können und sollen.

Die Aufgabe der Erziehung ist nach Kant im Begriff "Moralität" zu begründen: "Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person als in Personen eines jeden andern, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst."

Im Zusammenhang mit der Entwicklung von der Industrie- zur Wissensgesellschaft und mit der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen stellen Individuen, die sich durch Bildung und Wissen zum Handeln befähigen und soziale Verantwortung übernehmen, eine Leitvorstellung dar. Bildung wird sich nicht mehr auf die Zeit der Jugend beschränken können, sondern ein das ganze Leben begleitender Prozess werden. Bildung soll individuellere Ausprägungen erhalten. Ausgangspunkt sind nicht die Institutionen, sondern die Individuen bzw. ihre Individualität und Heterogenität. Die Bildungseinrichtungen müssen sich hingegen an den Lernenden und deren Lernprozessen orientieren. Dies wird nur möglich sein, wenn die Bildungseinrichtungen und die in ihnen tätigen Personen ihre Gestaltungsräume kreativ nutzen und stärker Kooperationen mit dem gesellschaftlichen Umfeld eingehen. Dafür brauchen Schulen eindeutige Rechte und klare Verantwortlichkeiten.

Alle Lernenden haben das Recht auf individuelle Entfaltung und Förderung unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft. Dazu gehört auch das Recht auf die Definition der eigenen Identität. Deshalb führt die heute in Schulen praktizierte schematische Zuordnung von SchülerInnen zu bestimmten Gruppen zu Benachteiligungen und schränkt die individuelle Entfaltung ein. Damit die Individuen die Verantwortung für den Zusammenhalt der Gesellschaft übernehmen können, müssen diese durch die Vermittlung der Werte auf eine unvorhersehbare Zukunft vorbereitet werden und Schule als eine soziale Lebenswelt erfahren.

Die Verantwortung für Bildung und Erziehung darf nicht nur den Bildungsinstitutionen überlassen werden. Eine wichtige Rolle spielen dabei insbesondere Familie, aber auch Vereine und andere gesellschaftliche Organisationen.

Indikatoren

- Gruppengröße in Kindertagesstätten.
- Anteil der Ganztagschulen.
- Anzahl der SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss.
- Anzahl der Ausbildungsverhältnisse je 1000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.
- Kommunale Ausgaben für Bildungseinrichtungen pro SchülerIn.

Positive Beispiele

- Naturfreunde Quint.
- Naturerkundungsstation Teufelschlucht.
- Hunsrückhaus am Erbeskopf.
- Naturpark Saar-Hunsrück.
- StadtLandFluss-Erlebnisexkursionen Trier.
- Montessori Kinderhaus am Fliederbusch Trier.

- Indienpartnerschaft des Auguste-Viktoria-Gymnasiums Trier.
- Ruanda-Projekt am Hindenburg-Gymnasium Trier.
- Zukunftsdiplom für Kinder.
- Nachhaltigkeitsaudit für Schulen.

Maßnahmen für die Zukunft

- Orientierung der Bildungsinhalte an Interessen und Fähigkeiten der Individuen (Stichwort "Vielfalt gestalten!").
- Intensivierung des Kontakts zwischen den BildungsträgerInnen (insbesondere der Hochschulen) und der Stadt.

Kontakte

Lokale Agenda 21 Trier e.V.: Palaststraße 13, 54290 Trier; 0651/9917753; www.la21-trier.de

Universität Trier: Universitätsring, 54286 Trier; 0651/2010; www.uni-trier.de

Fachhochschule Trier: Schneidershof, 54208 Trier; 0651/8100; www.fh-trier.de

Volkshochschule: Palais Walderdorff, Domfreihof 1b, 54290 Trier; 0651/1434; www.vhs-trier.de

Stadt Trier – Schulverwaltungsamt: Hindenburgstraße 2, 54290 Trier; 0651/718-1400; www.trier.de

Katholische Akademie Trier (Robert-Schumann-Haus): Auf der Jüngt 1, 54294 Trier; 0651/8105133; www.kat-akademie.dioezese-trier.de

13 KULTUR

DIE STADT IN SZENE SETZEN

Einführung in die Thematik

"Kultur" lässt sich als die Gesamtheit der entstandenen und stets neu entstehenden Einstellungen, Kenntnisse, Fertigkeiten, Empfindungen, Verhaltensweisen, Institutionen und Produkte einer Gemeinschaft verstehen. Das hat in einem doppelten Sinn mit nachhaltiger Entwicklung zu tun: Auf der einen Seite sollen wir die Vielfalt der Kulturen der Welt anerkennen und schützen, auf der anderen Seite dieses reiche gemeinsame Erbe bewahren und sicherstellen, so dass darauf auch in Zukunft immer wieder Neues aufgebaut werden bzw. entstehen kann.

Leitbild und Handlungsziele

Eine Stadt ohne Kultur ist gar nicht vorstellbar. Die vielen Einrichtungen und Institutionen, vor allem aber auch die große Zahl und Vielfalt der Vereine und Initiativen – sie alle sind wesentlicher, unverzichtbarer Bestandteil städtischer Lebensqualität. Sie sind nur möglich, wo eine große Zahl von Menschen unterschiedlichster Art und Herkunft zusammenlebt, nämlich in den Städten. Aber das alleine genügt nicht: So wie diese Menschen arbeiten und Einkommen erzielen müssen, so müssen sie auch Zeit, Muße und Gelegenheit haben, in der Kultur ihre Stadt zu erleben. Außerdem müssen sie die Vielfalt, aber auch das Wagnis, das Experiment, das Unkonventionelle schätzen können. Nur dann kann eine lebendige Kulturszene entstehen, können sich ungewöhnliche Versuche prüfen, kann es Interaktionen zwischen Publikum und Kultur geben. Kultur ist der Ort der Innovation, der Kreativität, der Phantasie, des Menschseins außerhalb des Alltags. Das alles macht die Stadt erst lebenswert, gleichermaßen für BewohnerInnen wie für BesucherInnen.

Trier hat hier die besten Voraussetzungen. Aber die müssen auch genutzt werden. Auch wenn Kultur mit Blick auf den Tourismus gefördert wird, entsteht daraus doch immer Anregung und Angebot für die Menschen der Region. Bedingungen dafür sind Individualität und Unverwechselbarkeit – aber auch Mut, Toleranz und Risikobereitschaft.

Kulturförderung gehört zu den freiwilligen Aufgaben der Gemeinden. Damit steht sie ganz oben auf der Streichliste, wenn die Haushaltssituation zu scharfen Einschnitten zwingt und in anderen Bereichen keine Spielräume bestehen. Doch gerade das ist gefährlich. Denn mit der Kultur verliert eine Stadt ihre Seele, ihre Individualität, ihre Identität. Was wäre Trier ohne sein römisches Erbe, ohne Stadtbibliothek, ohne sein Theater (und die Theatervereine!) und die Antikenfestspiele, ohne die Tufa oder das ExHaus, die Europäische Kunstakademie, die Gesellschaft für Bildende Kunst und das Landesmuseum, ohne Weinproben, Verein Trierisch, Leyendecker Bloas, Spee-Chor, die Jazzgruppen oder das Karl Marx-Haus? Was wäre Trier ohne Universität, ohne Studierende, ohne Volkshochschule und Infoladen, ohne Katz, ohne Arbeitsgemeinschaft Frieden und ohne Attac, ohne intellektuellen und politischen Streit um den besseren Weg? Gar nicht vorstellbar!

Kultur ist nicht zu verordnen, ihr ist nur Raum zu geben – und wenn der verweigert wird, wird sie verhindert. Kultur entsteht nicht einfach durch Geld ausgeben; sie braucht ein Umfeld, sie braucht Reibungsflächen, kritische Begleitung. Sie ist und bleibt auch eine politische Aufgabe, ist immer auch Infragestellung des Bestehenden, Suche nach Alternativen, Hoffnung auf eine andere, bessere Welt.

Sie ist Bewährungsprobe für Demokratie. Denn wenn wir sie vollends dem werbeinteressierten Sponsoring überlassen würden, dann würde sie zur Werbung verkommen. Es ist nicht unbedingt gut, was teuer ist. Aber vie-

les kann gar nicht erst entstehen, wenn es nicht wenigstens minimale Entwicklungsbedingungen erhält. Das ist und bleibt öffentliche Verpflichtung im demokratischen Gemeinwesen.

Indikatoren

In der Kultur zählt die Vielfalt mehr als die Einschaltquote. Deswegen ist Vorsicht geboten bei der Definition von Indikatoren, die ja immer versuchen, quantitative Kriterien für Erfolg oder Misserfolg anzubieten. Das aber zählt hier weniger als anderswo. Gewiss ist die Überlebensfähigkeit eines Theaters zu überdenken, das Abend für Abend nur zehn Prozent seiner Sitze füllt. Aber würden wir ein Theater wollen, dessen Programm einzig und alleine darauf abgestellt ist, die Kassen zu füllen? Dass die Tufa 60.000 BesucherInnen im Jahr zählt, ist gewiss ein schöner Erfolg. Aber ist es nicht viel wichtiger, dass hier viele Vereine eine Heimat finden, die sonst vielleicht gar nicht überleben könnten? Natürlich ist Kultur auch ein Wirtschaftszweig, aber es wäre verhängnisvoll, würde sie nur nach kommerziellen Gesichtspunkten beurteilt oder nur wirtschaftlichen Interessen überlassen. Indikatoren müssten daher mehr die Vielfalt, die Unterschiedlichkeit abbilden als die bloße Zahl der Interessierten oder die Umsätze an Eintrittskarten.

Positive Beispiele

- Europäische Kunstakademie.
- Katholische Akademie Trier.
- Kulturzentrum Tufa.
- Jazz-Club.
- Trier Forum

Maßnahmen für die Zukunft

- Sicherung und Erweiterung des Kulturzentrums Tufa unter Nutzung der Weberhäuser.
- Prüfung, ob und wie die Gewölbekeller im Stadtzentrum für kulturelle Nutzungen zur Verfügung gestellt werden können.
- Prüfung weiterer Aktivitätsfelder für das Städtische Theater.
- Prüfung, ob und wie die Aktivitäten des Jazz-Clubs weiter entwickelt und konsolidiert werden können (z.B. nach dem Muster der Europäischen Kunstakademie).
- Intensivere und vielfältigere Nutzung des Thermenmuseums am Viehmarkt.
- Aufarbeiten der Stadtgeschichte unter Beteiligung von EinwohnerInnen und BesucherInnen.
- Hebung der noch verborgenen kulturhistorischen Schätze.
- Behutsamer Umgang mit dem architektonischen Erbe.
- Förderung von Selbstverwaltung und bürgerschaftlicher Teilhabe.

Kontakte

Stadt Trier – Kulturbüro: Oerenstraße 15, 54290 Trier; 0651/718-1410; www.trier.de

Kultur- und Kommunikationszentrum Tuchfabrik (Tufa): Wechselstraße 4-6, 54290 Trier; 0651/718-2412; www.tufa.trier-web.de

Multikulturelles Zentrum: Gervasiusstraße 2, 54290 Trier; 0651/48497; www.multicultural-center.de

Europäische Kunstakademie: Aachener Straße 63, 54294 Trier; 0651/88700; www.eka-trier.de

Gesellschaft für Bildende Kunst Trier e.V.: Im Litzelholz 69, 54293 Trier; 0651/66671; www.gb-kunst.de

Ideenreich e.V.: Neustraße 24, 54290 Trier; 0651/48494

14 INTEGRATION

AUF DEM WEG ZU EINER ZUKUNFTSFÄHIGEN GESELLSCHAFT DER KULTURELLEN VIELFALT

Einführung in die Thematik

Mit einer reichen Geschichte und als Schmelztiegel vieler verschiedener Kulturen, die ihre Spuren hinterlassen haben, ist Trier heute eine Stadt im Herzen Europas. Luxemburg und Frankreich bilden mit Trier ein Entwicklungs- und Kooperationsdreieck, das aus dem alltäglichen Leben nicht mehr wegzudenken ist. Universität und Fachhochschule sind seit Anfang an für ausländische Studierende offen. Der Tourismus bringt jeden Tag Menschen aus den verschiedensten Ländern in die älteste Stadt Deutschlands.

Dieser unmittelbare Kontakt mit unterschiedlichen Realitäten bedeutet nicht nur eine Bereicherung für die lokale Gesellschaft, sondern – und vor allem – die Übernahme von Verantwortung. In einer globalisierten Welt, in der die Kluft zwischen arm und reich, zwischen Industrie- und Entwicklungsländern immer größer wird, ist es auch die Aufgabe der lokalen Gesellschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung in- und außerhalb der Gemeinde beizutragen. Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft ihre ethnischen oder religiösen Minderheiten aktiv in das Stadtleben integriert bzw. daran teilnehmen lässt, ist ein grundlegendes Element für das Erreichen dieses Ziels.

In Trier wohnen zur Zeit BürgerInnen aus mehr als 100 verschiedenen Ländern und vertreten gleichwertig ihre Kulturen, auch wenn es große Unterschiede zwischen ihnen geben mag. Die Tatsache, dass viele von ihnen mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit übernommen haben, oder, wie im Fall der AussiedlerInnen, von Anfang an besaßen, darf nicht über die Integrationsdefizite dieser Bevölkerungsgruppe hinwegtäuschen. Engpässe bei der Wohnungssuche, Kontaktlosigkeit zur übrigen Bevölkerung, Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von der Sozialhilfe

sowie Misserfolg in der Schule und bei der Suche nach einer geeigneten Ausbildungsstelle sind nur einige der augenfälligsten Merkmale dieses Defizits.

Leitbild

Eine zukunftsorientierte Gesellschaft der kulturellen Vielfalt kann nur bestehen, wenn den vielfältigen Vorurteilen (z.B. "Ausländer sind Schmarotzer, die auf unsere Kosten leben wollen.") und dem Phänomen des Ausgeschlossenenseins eine konsequente und zukunftsorientierte Integrationspolitik für alle BürgerInnen mit Migrationshintergrund als prioritäres Ziel gesellschaftlichen und politischen Handelns entgegengesetzt wird.

Handlungsziele

- Gleichstellung aller BürgerInnen mit Migrationshintergrund, unabhängig von Status, Staatsangehörigkeit, Religion, Hautfarbe.
- Förderung der sprachlichen und sozialen Integration in der Gesellschaft.
- Inanspruchnahme der in dieser Bevölkerungsgruppe vorhandenen Fähigkeiten und Kenntnisse.
- Gleichbehandlung aller Bevölkerungsgruppen seitens der ArbeitgeberInnen und aller Institutionen.

Indikatoren

- Zahl der kostenlosen Kurse "Deutsch als Fremdsprache" mit Kinderbetreuung.
- Zahl der Förderunterrichtsstunden in den Kindergärten und Schulen.

- Zahl der Kindergärten und Grundschulen mit freiwilligem Fremdsprachenunterricht.
- Anteil ausländischer Kinder und Jugendlicher in Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien.
- Zahl der spezifischen Maßnahmen zur Integration von BürgerInnen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt.
- Anteil von BürgerInnen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung.
- Anteil von BürgerInnen mit Migrationshintergrund in ehrenamtlichen Ämtern und öffentlichen Organisationen.
- Um den schulischen und beruflichen Erfolg der jüngeren Generation zu ermöglichen, sind Förderunterricht in Deutsch und so weit wie möglich muttersprachlicher Unterricht zu sichern.
- Gezielte Weiterbildung der LehrerInnen im Bereich "Multikulturelles Lernen".
- Prüfung der Möglichkeit einer Voll- oder Teilanerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen Ausbildung.
- Vereinfachter Zugang zu Umschulungs- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen, um eine Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden.
- Unterstützung innovativer Aktionen und Projekte mit dem Ziel der Eingliederung in dem ersten Arbeitsmarkt.
- Vereinfachung und Entbürokratisierung der Praxis bei der Zuteilung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis.

Positive Beispiele

- Ausbildungsgänge bei der Industrie- und Lehrwerkstatt und der Handwerkskammer.
- Projekte "EQUAL" und "LOS".
- Kostenloser Deutschunterricht für ausländische Frauen (mit Kinderbetreuung).
- Kostenloser Förderunterricht in Deutsch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.
- Muttersprachlicher Unterricht (Arabisch, Griechisch, Italienisch, Koreanisch, Russisch, Spanisch).
- Fortbildungsaktion der Stadtverwaltung zur Migrationsproblematik.

Maßnahmen für die Zukunft

- Die Kenntnis der deutschen Sprache ist in den meisten Fällen unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg in der Schule, in der Berufsausbildung und beim Zugang zum Arbeitsmarkt: Hier ist der Zugang zu Deutschkursen für alle BürgerInnen mit Migrationshintergrund eine grundlegende Voraussetzung für jede weitere Integrationsmaßnahme.

Kontakte

Ausländerbeirat der Stadt Trier: Am Augustinerhof, 54290 Trier; 0651/718-4450; www.trier.de

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier (ADD), Referat 23, Willy-Brand-Platz 3, 54290 Trier; 0651/9494-817; www.add.rlp.de

Agentur für Arbeit Dasbachstraße 9, 54292 Trier; 0651/205-0; www.arbeitsagentur.de

Handwerkskammer Trier, Loebstraße 18, 54292 Trier; 0651/207-0; www.hwk.trier.de

Industrie- Lehrwerkstatt Trier e.G., Engelstraße 59-61, 54292 Trier; 0651/26307

Jugendmigrationsdienst/Jugendgemeinschaftswerk des Caritasverbandes für die Region Trier, Thebäerstraße 21, 54292 Trier; 0651/14778-33; -31; www.rcvtrier.caritas.de

Multikulturelles Zentrum: Gervasiusstraße 2, 54290 Trier; 0651/48497; www.multicultural-center.de

15 GESUNDHEIT

HIER SOLL'S UNS GUT GEHEN

Einführung in die Thematik

In der Vergangenheit fanden rasante Entwicklungen statt, die nicht vornehmlich an den Zielen der Nachhaltigkeit ausgerichtet waren. Dies gilt auch für den Gesundheitssektor: Die medizinische Forschung und Entwicklung orientierte sich vorwiegend an dem Leitbild des Machbaren, neuen Methoden, der pharmakologischen Weiterentwicklung und dem medizinisch-wissenschaftlichen Fortschritt. Dabei wurde häufig der Mensch und dessen Lebensqualität als Mittelpunkt des medizinischen Strebens vergessen. Nicht jede machbare medizinische Maßnahme verbessert die Lebensqualität, oft wird dadurch ein langes qualvolles Siechtum in Gang gesetzt.

Erschwerend kam hinzu, dass die Prävention und vor allem eine sinnvolle Gesundheits-erziehung unserer Kinder vernachlässigt wurde. Folgen einer fehlenden Gesundheitserziehung sind falsche und ungesunde Ernährungs- und Lebensweisen, aber auch Alkohol- und Nikotinabhängigkeiten. Ferner lässt sich eine nachlassende Impfbereitschaft feststellen, der Grad der Durchimpfung gegen die klassischen Infektionskrankheiten nimmt stetig ab.

Die klimatischen Verhältnisse der Stadt Trier sind geprägt durch ein austauscharmes Klima im Moseltal. Diese klimatischen Bedingungen wirken sich teilweise sehr belastend auf die Gesundheit aus, nicht nur bei Menschen mit Herz-Kreislaufkrankungen. Erschwerend kommt ein stetig wachsendes Verkehrsaufkommen mit erheblichen Immissionen entsprechender Schadstoffe und Geräusche hinzu.

Leitbild

Zufriedenheit und Gesundheit sind zwei der wesentlichen Ziele menschlichen Strebens. Weder Geld noch Macht können einen Ersatz dazu leisten. Daher muss es im Rahmen einer zukunftsorientierten Planung vorrangig darum gehen, den BürgerInnen weitgehende Zufriedenheit und vor allem gesunde Lebensbedingungen zu ermöglichen. Die Betrachtung des Menschen als Ganzes in seinem sozialen Umfeld ist dabei unabdingbar.

Handlungsziele

Die Gesundheitserziehung, der bewusste eigenverantwortliche Umgang mit dem eigenen Körper und der eigenen Gesundheit, die Prävention von Alkoholabhängigkeit, Drogensucht und dem besonders weit verbreiteten Nikotinkonsum sowie die Schaffung gesundheitsfördernder Lebensumfelder sollten im Interesse heranwachsender Generationen die vorrangigen Ziele sein. Das setzt eine offene Informations- und Beteiligungspolitik voraus. An der Umsetzung dieser Ziele sollten sich möglichst viele Institutionen und Gruppierungen beteiligen. Ihr Handeln sollte ressortübergreifend erfolgen.

Indikatoren

- Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen
- Durchschnittliche Lebenserwartung
- Anteil der Kinder mit allergischen Erkrankungen
- Krankheiten der Atmungsorgane

Positive Beispiele

- Maßnahmen zur Aufklärung der Bevölkerung bezüglich der gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Nikotinkonsums und des Alkoholmissbrauchs.
- Jährlich stattfindende Gesundheitskonferenz, durchgeführt vom "Haus der Gesundheit".
- Der überregional tätige Verein Selbsthilfe-Kontakt- und Informationsstelle e.V., kurz SEKIS, kooperiert seit 1989 zu den Themenbereichen Selbsthilfe, Eigenverantwortung und Gesundheit mit der Stadt Trier und den sieben angrenzenden Landkreisen sowie auf Landes- und Bundesebene.

Maßnahmen für die Zukunft

- Maßnahmen für Klein- und Schulkinder: Eine effektive Gesundheitserziehung sollte frühzeitig beginnen, d.h. möglichst schon im Kindergarten, um sie dann während der schulischen Ausbildung fortsetzen zu können. Zu fordern ist ein ressortübergreifendes Konzept in Abstimmung und Einbindung der TrägerInnen von Kindergärten und Schulen.
- Maßnahmen für Heranwachsende und Erwachsene: Es sollten systematisch und übergreifend Möglichkeiten und Anreize zur Gesundheitsförderung und Steigerung der Eigenverantwortlichkeit geschaffen werden. Zielorientiert einzubinden sind die gesetzlichen Kostenträger, ärztliche Institutionen, das Haus der Gesundheit, soziale Einrichtungen, kommunale Verwaltungsstellen, aber auch Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen u.a.
- Maßnahmen am Arbeitsplatz: Durch übergreifende und abgestimmte Fortbildungsinitiativen, die sowohl die Akzeptanz auf ArbeitnehmerInnen- als auch auf ArbeitgeberInnenseite finden, sind das gesundheitsbewusste Verhalten am Arbeits-

platz sowie der Gesundheitszustand der ArbeitnehmerInnen gezielt zu fördern.

- Maßnahmen in den Bereichen Sucht und Infektionskrankheiten: Selbsthilfegruppen, Initiativen und Institutionen sind durch fachliche und finanzielle Unterstützung gezielt zu stärken.
- Maßnahmen zur Verbesserung des Durchimpfungsgrades: In Kindergärten und Schulen sollte wieder vermehrt auf die Bedeutung von Impfungen als effektiver und ungefährlicher Schutz vor Infektionskrankheiten hingewiesen werden. Gemeinsame Impfkationen sollten aufklären bzw. informieren und ggf. Impfungen durchführen.
- Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation: Dringend erforderlich ist die Erstellung und Umsetzung eines überregionalen Verkehrskonzepts, das die Lebensqualität bzw. -bedingungen der Bevölkerung in der Region Trier nachhaltig verbessert.

Kontakte

Kreisverwaltung Trier-Saarburg – Gesundheitsamt:
Paulinstraße 60, 54292 Trier; 0651/715-500;
www.trier-saarburg.de

Haus der Gesundheit Trier: Palais Walderdorff,
Domfreihof 1b, 54290 Trier; 0651/4362-217;
www.hausdergesundheit-trier.de

Selbsthilfe Kontakt- und Informationsstelle e.V. Trier (SEKIS): Balduinstraße 6, 54290 Trier; 0651/141180;
www.sekis-trier.de

"Die Tür" – Suchtberatung Trier e.V.:
Lindenstraße 10, 54292 Trier; 0651/170360;
www.die-tuer-trier.de

Europäische Akademie des rheinland-pfälzischen Sports: Herzogenbuscher Straße 56, 54292 Trier;
0651/146800; www.sportakademie.de

16 GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

GLEICH UND GERECHT

Einführung in die Thematik

Die rechtliche Gleichstellung der Frau reicht nicht aus. Es klafft eine Lücke zwischen dem Recht und den tatsächlichen Gegebenheiten in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Kapitel 24 der Lokalen Agenda 21 bietet Grundlagen, die Belange von Frauen, der größten sozialen Gruppe in Trier (52%), zu definieren und in die Kommunalpolitik zu implementieren.

Leitbild

Zur nachhaltigen Entwicklung gehört die gerechte Verteilung von Ressourcen und gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten zwischen den Geschlechtern, Abbau von Diskriminierung und von Gewaltverhältnissen. Die Interessen und Sichtweisen von Frauen und Männern werden gleichberechtigt geachtet und gewürdigt.

Die im Nachhaltigkeitskonzept verankerten Gerechtigkeitsgebote bedeuten Teilhabe und Verantwortung für Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Handlungsziele

- Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe: Geschlechterfragen sind bei allen Maßnahmen, Entwicklungen und Entscheidungen in die Handlungsfelder städtischer Politik zu integrieren.
- Die Integration muss als Gemeinschaftsaufgabe begriffen werden und darf nicht vom guten Willen Einzelner abhängen oder ausschließlich Frauen zugeschrieben werden.
- Die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen und Männern sind als Grund-

lage für politisches Handeln zu analysieren.

- Die unterschiedlichen weiblichen und männlichen Lebensmuster und Kompetenzen sind als gleichwertig zu respektieren.
- Frauen und Männern ist gleicher Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit, zu politischer Macht, zu Sorge- und Versorgungsarbeit (Familienarbeit, Hausarbeit) zu verschaffen.
- Öffentliche Mittel sind unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit zu vergeben (Gender Budgeting).

Indikatoren

Nachhaltigkeits- und Geschlechterdiskurse haben erst ansatzweise die Mainstream-Diskussion erreicht. Bei der geschlechtsspezifischen Überarbeitung politischer Handlungsfelder sind Indikatoren entsprechend den Instrumenten, Methoden und Verfahrensweisen der Gender-Mainstreaming-Prozesse zu entwickeln (3-R-Methode oder 6-Schritte-Verfahren, Gender-Budgeting, quantitatives und qualitatives Controlling). Geschlechtergerechtigkeit wird damit auch zum Nachhaltigkeitsindikator.

Erste Erfahrungen zeigen, dass Kategorien, die Geschlechtergerechtigkeit über Angaben zu Anzahl, Mengen oder Größen messen, zu kurz greifen. Die Erhöhung des Anteils von Frauen in kommunalpolitischen Gremien oder in Führungspositionen der Arbeitswelt, die Erhöhung des Anteils von Frauen in der Erwerbsarbeit allgemein sowie die hohe Anzahl von Frauenhäusern oder Notrufen in einer Region mag vordergründig als positiv angesehen werden. Wenn jedoch die Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben, am gesellschaftlichen oder öffentlichen Leben nur möglich ist, wenn sie etwa auf Kinder ver-

zichten (40% der Akademikerinnen haben keine Kinder) oder die Erhöhung des Anteils von Frauen am Erwerbsleben darauf zurückzuführen ist, dass Ganztagsarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze oder in sogenannte Mini-Jobs umgewandelt worden sind, erweisen sich quantitative Angaben als fragwürdig. Es sind vielmehr qualitative Elemente in die Kategorien aufzunehmen, die auf politischen Leitlinien wie z.B. Wahlfreiheit der Lebensentwürfe, Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit Entwicklung entsprechender Rahmenbedingungen basieren.

Positive Beispiele

Die überschlägige Sichtung einzelner Stadtpolitikbereiche zeigt, dass die institutionalisierte Frauenpolitik in gemeinsamer Arbeit mit kommunalpolitischen Gremien, der Verwaltung sowie der Frauenszene in vielen Bereichen Ansätze geschaffen hat, die die Bezeichnung "geschlechtergerechter als in der Vergangenheit" verdienen. Zu nennen sind Projekte in den Bereichen Stadtplanung, Verkehrsplanung, Kultur, Schule, Jugend, Soziales, Gesundheit, Verwaltungsmodernisierung, Wirtschaftsförderung oder Ausländerpolitik.

Maßnahmen für die Zukunft

Vielversprechende Ansätze in der geschlechtergerechten Arbeit wurden allerdings von städtischen Entwicklungen "überholt", denen Prioritäten zugrunde lagen, die frauenpolitisch als Stillstand zu bezeichnen sind. In einigen Bereichen sind Defizite im Sinne mangelnden Gender-Bewusstseins und Gender-Wissens nicht zu übersehen. In keinem Politikbereich jedoch ist Geschlechtergerechtigkeit bereits "selbstgängerische" Grundlage des Handelns von Politik und Verwaltung. Für die Zukunft sind daher erforderlich:

- Schaffung einer gleichstellungsorientierten Datenbasis.
- Stärkere Besetzung von Entscheidungsgremien mit Frauen.
- Einbeziehung von Ergebnissen der Frauen-Forschung und der Gender-Forschung in alle Planungen.
- Zielgruppenspezifische Ermittlung von Fraueninteressen in den verschiedenen Bereichen der Lokalen Agenda 21 (Bürgerinnen und nicht nur Bürger, unter die Bürgerinnen subsumiert sind).
- Erstellung konkreter Umsetzungspläne und Erstellung von Kontrollmaßstäben.
- Vergabe öffentlicher Mittel unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Budgeting).

Kontakte

Stadt Trier – Frauenbeauftragte: Am Augustinerhof, 54290 Trier; 0651/718-3001; rieger-nopi@trier.de

Agentur für Arbeit – Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt: Dasbachstraße 9, 54292 Trier; 0651/205-5301; trier.bca@arbeitsagentur.de

Universität Trier – Frauenbeauftragte des Senats: Campus I, DM 38-40, 54296 Trier; 0651/201-3196; wintercl@uni-trier.de

Fachhochschule Trier – Frauenbeauftragte: Schneidershof, 54208 Trier; 0651/8103-147; frauen@fh-trier.de

Bischöfliches Generalvikariat – Frauenreferat: Hinter dem Dom 6, 54290 Trier; 0651/7105-284; monika.seidel@bgv-trier.de

Frauenhaus Trier e.V.: Postfach 1825, 54208 Trier; 0651/49511; adamjage@uni-trier.de

FrauzenTRIERT e.V. – Der Verein für Bildung und Kultur: Wechselstraße 6, 54290 Trier; 0651/40774; vff-trier@t-online.de

Notruf für vergewaltigte und von sexueller Gewalt bedrohte Frauen und Mädchen Trier e.V.: 0651/49777

AK "Frauen und Arbeit" & AK "Mädchenarbeit" im Verbundsystem "Arbeitsmarktintegration Benachteiligter": 0651/148009; verbund@jugend-und-arbeit.de

17 SOZIALES MITEINANDER

SOLIDARITÄT BAUT AUF SOZIALEM ZUSAMMENHALT

Einführung in die Thematik

Folgt man einer oft geäußerten gesellschaftskritischen Meinung, so leidet unsere Gesellschaft an einer bedenklichen Entsolidarisierung und am Abbau des Gemeinsinns. Dabei wird meist übersehen, dass es neue Solidaritäten gibt, die den Rückgang bisheriger Formen der Solidarität kompensieren. Neue soziale Bewegungen haben im vergangenen Jahrzehnt zu einer Umorientierung in der Frage beigetragen, wie sich eine demokratische und solidarische Kultur unter den Zwängen einer globalisierter Wirtschaft behaupten kann.

Ein funktionierendes Gemeinwesen ist auf die frühe Vermittlung von Werten wie Solidarität und Gerechtigkeit angewiesen. Die Grundlagen für soziales Verhalten erwerben wir in unserer Kindheit. Neben Eltern und Geschwistern formen ErzieherInnen, SeelsorgerInnen, die Gruppe der Gleichaltrigen oder die NachbarInnen unseren Sinn für Gerechtigkeit und Solidarität. Wie andere Tugenden auch stellen sie das positive Ergebnis einer gelungenen frühen Erziehung dar. Ihr Übungsfeld sind Räume: die Wohnung, das Haus, die Straße, der Stadtteil, die Stadt.

Das Konzept des Sozialraumes stellt alle Lebensbereiche und -äußerungen der BewohnerInnen eines Raumes in einen Zusammenhang: Wohnen, Bildung, Kultur, ökonomische Wirkkräfte, Belange der Gesunden, aber auch die der alten, kranken und arbeitslosen Bürgerinnen und Bürger. Das soziale Miteinander steht und fällt mit der Integration der ausländischen MitbewohnerInnen, der Menschen mit Behinderungen, der Alleinerziehenden, der Suchtkranken, der Arbeitslosen, finanziell Schwachen oder Obdachlosen.

In den bisherigen Bürgergutachten zu den Stadtteilrahmenplänen kamen viele Ziele und noch mehr konkrete Maßnahmen zur Verbes-

serung des Handlungszieles "Soziales Miteinander" zur Sprache. Es wird entscheidend sein, wie Stadtrat und Verwaltung diese Ergebnisse aufnehmen, ob mögliche Zielkonflikte zwischen Stadtkonzept und Bürgergutachten ausgeräumt und ob die Ergebnisse tatsächlich umgesetzt werden können.

Leitbild

Weil Trier für alle Zielgruppen über qualifizierte und gut vernetzte Angebote verfügt, ist der soziale Friede gesichert, es bleibt aber eine Herausforderung. Was aussteht ist ein zukunftsorientiertes, auch administrativ an neue Herausforderungen angepasstes Gesamtkonzept. Es sollte nicht nur die Bedeutung des sozialen Miteinanders über die Förderung von Zielgruppen oder Projekten markieren. Vielmehr sollte es den Perspektivwechsel von einer fürsorgenden Sozialpolitik in eine Verantwortungsübergabe des Sozialen an die BürgerInnen einleiten. Dies könnte sich u.a. in Stadtteilbudgets konkretisieren. Nachhaltige Wirkung werden diese Impulse allerdings nur entfalten, wenn sie einhergehen mit einer grundsätzlichen aktiven Akzeptanz der Bürgerbeteiligung durch die Verwaltung und dem gebietsorientierten Einsatz der unterschiedlichen administrativen Zuständigkeiten.

Handlungsziele

Wer vorausschauende Sozialpolitik, die Solidarität in den Stadtteilen und den sozialen Gruppen fördern will, muss insbesondere auf drei langfristig drängende Fragen Antworten finden:

- Wie lässt sich regional die zunehmende Arbeitslosigkeit und die aus ihr folgende Armut sozial verträglich auffangen und wie lassen sich negative Folgen daraus für

künftige Generationen verhindern? Wie können wir sicherstellen, dass unsere Gesellschaft von allen als sozial gerecht erfahren und solidarisch getragen wird?

- Wie lässt sich die Wahrung und Durchsetzung der Belange, Bedürfnisse und Interessen älterer Menschen als zentrale Herausforderung der kommenden Jahrzehnte organisieren und gleichzeitig verhindern, dass es zu Konflikten in den Generationenbeziehungen kommt?
- Welche Maßnahmen sind geeignet, die in Zukunft wichtiger werdenden Selbsthilfestrukturen innerhalb der Familiennetze zu unterstützen und so das kleinste und immer noch verlässlichste Solidarsystem Familie für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen tragfähig zu halten?

Indikatoren

- Zahl der SozialhilfeempfängerInnen je 1.000 EinwohnerInnen, differenziert nach Frauen und Männern.
- Anzahl der Ausbildungsstellen je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.
- Arbeitslosenquote, differenziert nach Frauen und Männern.
- Zahl der Mitglieder in eingetragenen Vereinen je 1.000 Einwohner.
- Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts.

Positive Beispiele

- Die Genossenschaftsgründung und das Bürgerhaus in Trier-Nord verfolgen das Ziel, unter den Bewohnern Solidarität und Selbstvertrauen in die eigenen Entwicklungskräfte konkret erfahrbar zu machen und für einen Umbau zu einem "Sozialen Stadtteil" wirksam werden zu lassen. Damit hatte man sichtbaren Erfolg, lange be-

vor das Bund Länder Programm "Soziale Stadt" einsetzte.

- Das Schammatdorf in Trier-Süd stellt seit 25 Jahren die integrationsfördernden Wirkungen sozialer Architektur und die Bereitschaft nicht behinderter und behinderter BürgerInnen, Nachbarschaft zu gegenseitigem Nutzen zu leben, unter Beweis.

Maßnahmen für die Zukunft

- Die Stadtteile Trier-West/Pallien, Trier-Nord und Ehrang erhalten wichtige Impulse aus dem Bund-Länder Programm "Soziale Stadt".
- Die Netzwerke in den Stadtteilen – sei es in Kirchengemeinden, Vereinen, Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftsinitiativen – sind Träger des Sozialen Miteinanders. Es gibt "best-practice"-Beispiele, die auf Stadtebene in einen Austausch geführt werden sollten.
- Stadtplanung kann die soziale Dynamik in den Stadtteilen beflügeln, indem sie ihre BewohnerInnen weitgehend mitplanen und mit gestalten lässt.

Kontakte

Stadt Trier – Sozialamt: Am Augustinerhof, 54290 Trier; 0651/718-1509; www.trier.de

Stadtteilmanagement Trier-Nord: Am Beutelweg 10, 54292 Trier; 0651/13272; Maria.Ohlig@t-online.de

Bürgerhaus Trier-Nord: Franz-Georg-Straße 36, 54292 Trier; 0651/918200; buergerhaus-trier-nord@t-online.de

Schammatdorf e.V.: Im Schammat 13a, 54294 Trier; 0651/30555; www.schammatdorf.de

Club Aktiv e.V.: Schützenstraße 20, 54295 Trier; 0651/978590; www.club-aktiv.de

Jugendwerk Don Bosco: Gneisenaustraße 31, 54294 Trier; 0651/827130; www.donboscotrier.de

18 PARTIZIPATION

GEFRAGTE LEUTE – DIE BÜRGERINNEN

Einführung in die Thematik

Seit Beginn der 90er Jahre ist ein Rückzug fast aller Bevölkerungsschichten aus dem Prozess der politischen Partizipation in Deutschland festzustellen. Misstrauen und Unzufriedenheit mit den EntscheidungsträgerInnen wurden hierbei als wichtige Ursachen identifiziert. Neue Wege werden seitdem gesucht und erprobt, um die Unzufriedenheit sowie das Misstrauen gegenüber den politischen RepräsentantInnen durch direkte Beteiligung der BürgerInnen zu beheben.

In Trier beschränkten sich diese Versuche bisher jedoch auf Konsultationen oder zusätzliche Transparenz, ohne der Bevölkerung echte Partizipationsrechte einzuräumen.

So gab es Beteiligungsansätze im Bereich der Platzgestaltungen. Während bei der Umgestaltung des Domfreihofes noch heftigste Proteste ungehört verhallten, ist es 2001 – auch dank der Mitwirkung durch die Lokale Agenda 21 – beim Kornmarkt erstmals gelungen, dass die Bevölkerung noch vor den Ratsbeschlüssen zur gewünschten Nutzung und Funktion des Platzes befragt wurde. Weitere Platzumgestaltungen stehen in Trier an, die in Kooperation zwischen Stadt und Lokaler Agenda 21 noch viel frühzeitiger und umfassender in der Bevölkerung zur Diskussion gestellt werden sollten.

Bei den Kindern funktioniert das schon besser, da es in Trier seit längerem dank der Mobilien Spielaktion eine partizipative Spielraumplanung gibt.

Breit angelegt und finanziell untermauert organisierte die Stadt Trier in den letzten Jahren in jedem Stadtteil ein Bürgerbeteiligungsverfahren. Immerhin wurden rund 3000 Menschen damit erreicht. Der Charakter der dort entwickelten Bürgergutachten ist jedoch bisher überwiegend empfehlend, denn die

vorgeschlagenen Maßnahmen wurden nur in die

Stadtteilrahmenpläne aufgenommen, nicht aber in echte Arbeits- und Finanzprogramme umgesetzt.

Hier sieht das strategische Stadtkonzept "Zukunft Trier 2020" allerdings als Vision vor, stadtteilbezogene Budgets zur Projektbearbeitung bereitzustellen.

Leitbild und Handlungsziele

Echte Partizipation – im Gegensatz zu den bisher in Trier praktizierten Versuchen – bedeutet allerdings die frühzeitige Einbeziehung der Bevölkerung in politische Kernfragen, z.B. bei der Aufstellung des Haushaltes.

Im Stadtkonzept "Zukunft Trier 2020" heißt es: "Für die Stadt insgesamt ist die Umsetzung neuer Formen der Bürgerbeteiligung und Mitwirkung voranzutreiben."

Hier kann die Stadt auf den von ihr bereits geschaffenen Strukturen aufbauen: Sie hat die Gründung des Lokale Agenda 21 Trier e.V. und der Ehrenamtsagentur Trier initiiert. Beide Einrichtungen organisieren Bürgerbeteiligung bzw. bündeln das bürgerschaftliche Engagement. Sie sollen in ihrer Arbeit weiterhin und intensiv unterstützt werden.

Außerdem sollten innerhalb der Verwaltung Strukturen entwickelt werden, die eine stärkere und frühzeitigere Teilhabe der Bevölkerung an politisch-administrativen Entscheidungen gewährleistet.

Dann heißt es auch: Triers BürgerInnen sind gefragt, sie bestimmen mit, wenn es um wichtige Entscheidungen geht. Als ExpertInnen in eigener Sache entscheiden sie über die Gesamtentwicklung des Gemeinwesens mit. Weil sie – gleich welchen Geschlechts oder Alters, woher sie kommen und welche

Sprache sie sprechen – teilhaben und mitentscheiden, lassen sich die notwendigen Änderungen für unsere Stadt von morgen bewerkstelligen.

- Ausbau der Information von BürgerInnen, insbesondere in Haushaltsbelangen (aktive Information, nicht erst auf Nachfragen).
- Kinder- und Jugendparlament.

Indikatoren

- Anzahl der freiwilligen und frühzeitigen Bürgerbeteiligungen / an allen Planungs- und Entscheidungsprozessen (nach Art und Zielgruppe).
- Anzahl und Kosten (öffentliche Aufwendungen / Eigenleistung der BürgerInnen) der umgesetzten Maßnahmen aus den Stadteilrahmenplänen.
- Regelungen für ein effektives Ineinandergreifen von Beteiligungsprozessen und Verwaltungsstrukturen.

Positive Beispiele

- Bürgergutachten zur Stadteilrahmenplanung (Amt für Stadtentwicklung).
- Kinderstadtpläne (Mobile Spielaktion).
- Lokale Agenda 21 e.V. und LAUNE-Netzwerk.
- Ehrenamtsagentur und Markt der Möglichkeiten.
- Kornmarktfest (Baudezernat und Lokale Agenda 21 Trier e.V.).

Maßnahmen für die Zukunft

- Bürgerbeteiligung als strategisches Ziel in die Stadtordnung aufnehmen.
- LA 21 als Mittler zwischen Bevölkerung und Politik/Verwaltung stärken.
- Schnelle Umsetzung der Maßnahmen aus den Bürgergutachten.
- Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung von zentralen städtischen Plätzen.

Kontakte

Lokale Agenda 21 Trier e.V.: Palaststraße 13, 54290 Trier; 0651/9917752; www.la21-trier.de

Stadt Trier – Amt für Stadtentwicklung: Saarstraße 2, 54290 Trier; 0651/718-2126; www.trier.de

Ehrenamtsagentur Trier: Baldünstraße 6, 54290 Trier, 0651/9120702, www.ehrenamtsagentur-trier.de

Mobile Spielaktion e.V.: St.-Barbara-Ufer 1b, 54290 Trier, 0651/9940583, www.spielaktion.de

19 FAMILIEN, KINDER UND JUGEND

FAMILIENFREUNDLICHKEIT – HERAUSFORDERUNG FÜR JEDES POLITIKFELD

Einführung in die Thematik

Ob die BürgerInnen Triers ihre Stadt auch in Zukunft schätzen, wird wesentlich von der Lebensqualität abhängen, die Kinder, Jugendliche und ihre Familien vorfinden. Familien prägen entscheidend das soziale Leben in einer Stadt. Sie tragen die Hauptlast der Erziehung, sie bieten den ersten Erfahrungsraum für die Solidarität der Geschlechter und Generationen untereinander, sie sind immer noch die Basis für die Pflege kranker und alter Menschen.

Zu den Standortqualitäten Triers zählen (übrigens auch aus der Sicht von Unternehmen) ein breites Schulangebot, Tageseinrichtungen für Kinder, ein kinderfreundliches Wohnumfeld, eine überzeugende kommunale Umweltpolitik, eine gute Ausstattung mit Gesundheitseinrichtungen, ein aktives soziales und kulturelles Leben sowie geringe soziale Gegensätze.

Leitbild und Handlungsziele

Eine vorausschauende, nachhaltig angelegte Familienpolitik beginnt in den Köpfen von Vätern und Müttern, die verantwortlich für die Stadtpolitik zeichnen – sie muss gegen mächtige andere Interessen verteidigt werden. Sie ist aber von entscheidender Bedeutung, weil sie Kindern und Jugendlichen in Trier einen hoffnungsvollen Weg in ihre Zukunft als BürgerIn ebnet und Trier auch kommenden Generationen lebenswert macht.

Die Stadt Trier ist gut beraten, wenn sie die Standortattraktivität für ausgebildete junge Menschen fördert und zu einem Leben mit Kindern und dem Generationenverbund der Familie ermutigt. Es muss gelingen, die Abwanderung insbesondere junger Familien mit Kindern aus der Innenstadt in das Umland, aber auch aus der Region in die

Ballungszentren zu bremsen sowie bessere Bedingungen für einen Zuzug zu schaffen.

Stadtpolitik, die den Qualitätsausweis "familien- und kinderfreundlich" rechtfertigt, zeichnet sich dadurch aus, dass sie familienfreundliche Strukturen stärkt, die *allen* Trierer Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zugute kommen. Daneben brauchen Familien, die mehr als andere belastet sind, besondere Hilfe. Hierzu zählen vor allem Familien mit mehr als zwei Kindern und solche mit nur einem Elternteil. Gute Beratungsangebote sind hier unabdingbar wichtig. Zuweilen sind aber auch finanzielle Hilfen nötig, besonders bei Überschuldung. Doch gerade Familien in Not scheuen sich oft, behördliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Deshalb muss in der Kinder- und Jugendhilfe der Prävention besondere Bedeutung zukommen. Familienunterstützende Angebote der öffentlichen und privaten Träger werden wirkungsvoller, wenn sie untereinander vernetzt und koordiniert werden. Dazu gehört auch die bessere Verzahnung der kommunalen Fachplanungen in den Bereichen Soziales, Jugend und Sport, Stadtplanung und Städtebau, Schul- und Kulturpolitik. Grundsätzlich sollte der Einsatz von Finanzmitteln auf seine familienfördernde Wirkung geprüft werden.

Wichtigstes Ziel muss es sein, die Fähigkeit der Familien zur Selbsthilfe zu stärken. Wo dies nicht befriedigend gelingt, muss die öffentliche Hand schnell und unbürokratisch helfen. Die regionalen Unternehmen und die Verwaltungen können dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit zu verbessern.

Indikatoren

- Wie familien- und kinderfreundlich die soziale Infrastruktur einer Kommune ist, lässt sich u.a. ablesen an der Versorgung

mit Plätzen in Kindertagesstätten oder an der Zahl der außerschulischen Angebote für Jugendliche.

- Hinweise auf besondere Notsituationen ergeben sich aus der Nachfrage bei den Sozial-, Jugend- und Wohnungsämtern und den Schuldnerberatungsstellen.
- Der Versorgungsgrad mit medizinischen Einrichtungen und der Impfgrad bei Kindern weist auf den Gesundheitsstand in Familien hin.

Positive Beispiele

Eine familienfreundliche Strukturpolitik ist aus der Verwaltung heraus nicht alleine umzusetzen. Das auf den Weg gebrachte "Lokale Bündnis für Familien" in der Stadt Trier wird mittel- und langfristig für eine noch familienfreundlichere Stadtpolitik sorgen. Es wird außerdem die vielen Initiativen zugunsten von Kindern, Jugendlichen und Familien miteinander vernetzen. Der Einsatz kirchlicher und freier Träger, der Beitrag des Vereins Trierer Kinder, das Engagement von Sportvereinen, die Stadtteilinitiativen zugunsten Jugendlicher, aber auch die Vorschläge der Bürger, die sich in den Stadtteilrahmenplänen finden, die Untersuchungen und Projektideen der mobilen Spielaktion, die Projekte der Lokalen Agenda 21, der Kindergärten und Schulen – sie alle sind unverzichtbar.

Maßnahmen für die Zukunft

Der Wunsch nach einer Wohnqualität, die sich auszeichnet durch familienfreundliche Grundrisse, ein kinderfreundliches Umfeld, Freiflächen im hausnahen Bereich und die finanzierbare Entscheidung, Wohneigentum als Altersversorgung zu erwerben, ist verständlich und vorausschauend. Er soll sowohl im Einfamilienhaus als auch im Geschosswohnungsbau erfüllt werden können. Mehr Flexibilität ist nötig, um den wechselnden Anforderungen im Verlauf des

Lebenszyklus entgegen zu kommen. Die Auswirkungen des Strukturwandels der Familie und des demographischen Wandels werden die Sozialisationsbedingungen Jugendlicher noch deutlicher verändern als bisher. Mit einer offensiven Jugendhilfeplanung, wie sie das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) fordert, können Kommunen sich eines zielgerichteten Verfahrens bedienen. Die vorhandene Stadt-Umland-Konkurrenz muss der Einsicht weichen, dass wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge der Kommunen nur noch regional erfüllt werden können. Das gilt auch und gerade für die Familien- und Jugendpolitik.

Kontakte

Stadt Trier – Sozialamt / Jugendamt:

Am Augustinerhof, 54290 Trier;
0651/718-1509/-1541/-1519; www.trier.de

Mobile Spielaktion e.V.: Eurener Straße 6-8,
54294 Trier, 0651/9940583, www.spielaktion.de

Triki-Büro: Am Augustinerhof 3, 54290 Trier;
0651/718-4546; www.triki.de

Familienzentrum in Trier e.V. (FaZIT): Thebäerstraße
32, 54292 Trier; 0651/9916358; www.fazit-trier.de

Deutscher Kinderschutzbund – Orts- und Kreisverband Trier e.V.: Thebäerstraße 24, 54292 Trier;
0651/9911300; www.kinderschutzbund-trier.de

Jugendwerk Don Bosco: Gneisenastraße 31,
54294 Trier; 0651/827130; www.donboscotrier.de

Jugend- und Kulturzentrum Exzellenzhaus e.V.: Zur-
maienerstraße 114, 54292 Trier; 0651/25191; www.exhaus.de

Pro Familia e.V.: Petrusstraße 17, 54292 Trier;
0651/22660; www.profamilia-trier.de

Katholische Familienbildungsstätte: Krahenstraße
39b, 54290 Trier, 0651/74535

Caritasverband für die Region Trier: Petrusstraße 28,
54292 Trier; 0651/20960; www.caritas-region-trier.de

Diakonisches Werk des evangelischen Kirchenkreises Trier: Theobaldstraße 10, 54292 Trier;
0651/2090054; www.ekkt.de

20 SENIORINNEN

ALTERN HAT ZUKUNFT

Einführung in die Thematik

Der demographische Wandel in der Bevölkerung Deutschlands (fortdauernde Alterung der Bevölkerung bei gleichzeitig schrumpfender Bevölkerungszahl) zeigt die Grenzen bisherigen gesellschaftlichen Handelns. Die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen stellen derzeit und zukünftig gravierende Herausforderungen für nahezu alle Lebensbereiche dar.

Mit dem demographischen und gesellschaftlichen Wandel sind Auswirkungen in verschiedenen Bereichen verbunden:

- **Wirtschaft:** Es kommt zu Ausfällen bei der Erwerbsbevölkerung, Problemen bei Alterssicherung und Gesundheitsvorsorge sowie Veränderungen im Konsumverhalten.
- **Sozialwesen:** Die wachsende Zahl älterer Menschen, die fortschreitende Singularisierung und Individualisierung sowie der damit verbundene Rückgang ehrenamtlichen Engagements führen zu einem Abbau sozialer Netze und gegenseitiger Unterstützungsleistungen. Dadurch wird den alten Menschen langfristig nicht mehr im gewohnten Umfang Hilfe und Pflege zuteil werden können.
- **Wohnungs- und Siedlungswesen:** Zu verzeichnen sind eine stetig wachsende Nachfrage nach seniorengerechter Wohnraumversorgung, eine altersbedingte Segregation sowie Probleme bei einer bedarfsgerechten Bereitstellung von Infrastruktur.

Vor diesem Hintergrund werden zukünftig die Ansprüche alter Menschen durch bedarfsgerechte und nachhaltige Lösungsansätze in besonderer Weise Berücksichtigung zu finden haben.

Leitbild

Der sozialen und räumlichen Integration von SeniorInnen ist gesamtgesellschaftlich eine zentrale Bedeutung beizumessen. Sie erfordert intakte soziale Netzwerke, vorausschauende räumliche sowie tragfähige wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte.

Um dabei den Bedürfnissen alter Menschen in unserer Gesellschaft gerecht werden zu können, sind keine isolierten Lösungen, sondern vielmehr umfassende und integrative Konzepte gefragt: Eine sozial nachhaltige Entwicklung hat die Belange alter Menschen in sämtliche gesellschaftliche Programme und Projekte zu integrieren. So kann ein entscheidender Beitrag zur Lebenszufriedenheit im Alter geleistet und die soziale Stabilität der Gesellschaft nachhaltig gestärkt werden.

Handlungsziele

- Erhalt der Selbstständigkeit alter Menschen (Selbstbestimmung und Selbstversorgung).
- Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe alter Menschen (Politik, Medien, Bildung).
- Mischung der Generationen als Voraussetzung für lebendige Nachbarschaften und soziale Netzwerke.
- Stärkung sozialer Netzwerke und Initiativen zur gegenseitigen Unterstützung.
- Breites Spektrum bedarfsgerechter Angebote für unterschiedliche Seniorengruppen.
- Zukunftsorientierte Umstrukturierung der Alters- und Gesundheitsvorsorge.
- Verhinderung einer unfreiwilligen Wohnmobilität bzw. Verdrängung aus angestammtem Lebensumfeld.

- Deckung des wachsenden Bedarfs nach altersgerechtem Wohnraum (Anpassungen im Bestand sowie Neubau).
- Barrierefreiheit und Sicherheit als Maßgabe zur Gestaltung des öffentlichen Raums.
- Bereitstellung eines Mindestangebots dezentraler wohnungsnaher Infrastruktur.

Indikatoren

- Anteil der SeniorInnen in Nachbarschaften, Vereinen, Gruppen, etc.
- Anzahl und Verfügbarkeit der sozialen Dienste und Angebote für SeniorInnen.
- Anteil seniorengerechter Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt.
- Anzahl der Plätze in stationären Alteneinrichtungen und im betreuten Wohnen.
- Angebote alternativer Wohnformen (Mehrgenerationenwohnen, Wohn- oder Hausgemeinschaften, integriertes Wohnen).
- Wohnungsnahe Infrastruktur in fußläufiger Erreichbarkeit.

Positive Beispiele

- Seniorenbüro und Seniorenrat der Stadt Trier: Interessenvertretung, Anlaufstelle.
- Seniorenstudium und Kurse für alte Menschen in diversen Bildungseinrichtungen.
- Ehrenamtliche Besuchsdienste und Freizeitangebote der Kirchengemeinden.
- Mobile soziale Dienste und Tagespflege unterschiedlicher caritativer Träger.
- Schammatdorf: Integriertes Wohnprojekt mit altersgerechten Wohnungen.
- Landesberatungsstelle "Alten- und behindertengerechtes Bauen und Wohnen".

Maßnahmen für die Zukunft

Aus den genannten Handlungszielen lässt sich der Handlungsbedarf für zukünftige Maßnahmen in Trier und Umgebung ableiten. Dabei ist für die jeweiligen Stadtteile und Ortschaften zu prüfen, welche Angebote und Einrichtungen bereits vorhanden sind bzw. wo Defizite bestehen. Die Auswahl von konkreten Maßnahmen hängt somit vom Einzelfall ab.

Folgende Maßnahmen werden dabei flächendeckend erforderlich sein:

- Ausbau der Netze und Kapazitäten mobiler sozialer Dienste, insbesondere im ländlichen Raum.
- Angebotsweiterung bei betreutem Wohnen und alternativen Wohnformen sowie seniorengerechte Anpassungsmaßnahmen im Wohnungsbestand.

Eine unabdingbare Voraussetzung für alle künftigen Maßnahmen einer seniorengerechten Entwicklung liegt in der Informations- und Beratungsarbeit sowie der Akzeptanzsteigerung. Erfolgreich und hilfreich können nur die Maßnahmen sein, die in Seniorenkreisen bekannt und akzeptiert sind. Wichtige Maßstäbe dabei sind Erhalt der Selbstständigkeit und Förderung der Lebenszufriedenheit im Alter.

Kontakte

Seniorenbüro und Seniorenrat der Stadt Trier e.V.:
Palais Walderdorff, Domfreihof 1b, 54290 Trier;
0651/75566

Ehrenamtsagentur Trier:
Balduinstraße 6, 54290 Trier; 0651/9120702,
www.ehrenamtsagentur-trier.de

Club Aktiv e.V.: Schützenstraße 20, 54295 Trier;
0651/978590; www.club-aktiv.de

Schammatdorf e.V.: Im Schammat 13a, 54294 Trier;
0651/30555; www.schammatdorf.de

Landesberatungsstelle "Alten- und behindertengerechtes Bauen und Wohnen" (bei der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz – Regionalstelle Trier):
Fleischstraße 77, 54290 Trier; 0651/48802;
www.verbraucherzentrale-rlp.de

21 FAIRER HANDEL UND EINE WELT

Globale Gerechtigkeit gemeinsam gestalten

Einführung in die Thematik

Wir leben in einer globalen Wirtschaft, die neben Wohlstand auch Ungleichheit und Armut produziert. Und wir selbst gehören zu den vergleichsweise Wenigen, die davon profitieren. Schnäppchenjagd ist mittlerweile regelrecht zum Sport geworden, hochwertige Produkte werden zu unglaublich niedrigen Preisen angeboten. Doch dem emsig eingesparten Euro stehen Menschen in benachteiligten Regionen der Erde gegenüber, die diese Produkte für uns herstellen und dabei mit ihrer harten Arbeit kaum ein halbwegs menschenwürdiges Leben finanzieren können. Eine Politik, für die "Nachhaltigkeit" keine Worthülse ist, wird sich mit diesem Skandal nicht abfinden wollen.

Leitbild

Spenden und Hilfslieferungen können manchmal konkrete Notlagen lindern, eine dauerhafte Abhilfe aber sind sie nicht. Die offizielle staatliche Entwicklungszusammenarbeit setzt immer noch zu oft auf technokratische Großprojekte, die vielfach an deutsche oder europäische Firmen vergeben werden, so dass das eingesetzte Kapital weitgehend wieder zu uns zurückfließt. Es handelt sich häufig also mehr um indirekte Subventionen eigener Firmen als um wirkliche Hilfe für andere. An den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit in den "beholfenen" Regionen geht diese Art der Unterstützung erschreckend meist vorbei.

Erst eine eigenständige Entwicklung, die sich nicht an den Interessen der reichen Länder und Märkte, sondern denen der Menschen vor Ort orientiert, wird benachteiligten Regionen der Erde eine dauerhafte Verbesserung ihrer Situation ermöglichen. Der Faire Handel setzt genau an diesem Punkt an: Statt Almosen zu geben, werden Preise

bezahlt, die den aufwändig hergestellten Produkten einigermaßen angemessen sind. An die Stelle der Zusammenarbeit mit großen Firmen und Handelsunternehmen reicher Länder treten der möglichst direkte Kontakt mit den Menschen vor Ort und die Förderung lokaler Strukturen, Kooperativen und Genossenschaften.

Handlungsziele

- Keine Diskriminierung von Frauen und anderen Menschengruppen; keine Kinderarbeit.
- Langfristige Abnahmeverträge mit Mindestpreisen deutlich über Weltmarktniveau; finanzielle Unterstützung der beteiligten Kooperativen für medizinische Versorgung, Weiterbildung und andere Gemeinschaftsaufgaben; Förderung biologischer Landwirtschaft.
- Keine Gefährdung der Selbstversorgung der ProduzentInnen.
- So wenig Zwischenhandel wie möglich; Importorganisationen arbeiten ohne Profite; Offenlegung der Kalkulationen und Bilanzen.
- Verbindung des Verkaufs der Produkte mit politischer Aufklärung und Bewusstseinsarbeit.

Indikatoren

- Zahl der Geschäfte, in denen fair gehandelte Produkte verfügbar sind; Präsenz fair gehandelter Produkte in Verwaltungen, öffentlichen Einrichtungen und Vereinen.
- Öffentlichkeit für den Fairen Handel: Plakat- und Aufklärungsaktionen, regelmäßige Berichte in der Lokalpresse, Bewusst-

seinsbildung an Schulen, Volkshochschulen und in Kirchengemeinden.

- Partnerschaften mit Gemeinden aus der "Dritten Welt"; Kontakte zu Kleinbauern und Genossenschaften; selbst organisierte, direkte "faire" Handelsbeziehungen.

Positive Beispiele

Es gibt in Deutschland zwei größere, fest etablierte Importgesellschaften, die sich dem Fairen Handel verschrieben haben: Die *gepa* ("Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt", von den beiden großen Kirchen getragen) und *el puente* ("Die Brücke"). Sie versorgen zusammen mit weiteren kleineren Handelsorganisationen vor allem die meist ehrenamtlich arbeitenden "Weltläden".

Hierzu zählt auch der Trierer Weltladen im Friedens- und Umweltzentrum. Die Schwerpunkte seines Sortimentes liegen bei Nahrungsmitteln, Kunsthandwerk Musikinstrumenten und Textilien. Darüber hinaus beliefert der Weltladen zahlreiche Initiativen und Kirchengemeinden der Region, die ihrerseits die fair gehandelten Produkte weiter verkaufen, sowie studentische Cafés an der Universität. Außerdem führt der Weltladen Trier regelmäßig Informationsveranstaltungen durch, bietet in Zusammenarbeit mit Schulen und Kirchengemeinden Praktika für Jugendliche an und war auch mit einem eigenen Baustein am Trierer Zukunfts-Diplom für Kinder 2004 beteiligt.

Für die professionelle Versorgung von Gastronomiebetrieben und Großverbrauchern baut die *gepa* derzeit eigenständige Strukturen auf. Auch in Trier gibt es hierfür mittlerweile einen Ansprechpartner.

Überdies haben Produkte der *gepa* inzwischen auch in normalen Supermärkten Einzug gehalten. Dort findet man außerdem Kaffee-Sorten anderer Hersteller, die sich das "Fair-Trade"-Siegel erworben haben.

Maßnahmen für die Zukunft

Die Strukturen des Fairen Handels haben sich seit Jahrzehnten bewährt und dabei als belastbar und ausbaufähig erwiesen. Der Umsatz vor allem der *gepa* ist in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Man hat sich dort erfolgreich um Professionalisierung und die Erschließung neuer Käuferschichten bemüht.

Und die Möglichkeiten dieses Weges sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. So könnten Produkte aus fairem Handel mehr noch als bisher in Vereinen, Bildungseinrichtungen, Institutionen und Verwaltungen angeboten werden bzw. Verwendung finden. Auch der Vorstoß in normale Ladenregale und damit zu "normalen" VerbraucherInnen könnte noch weiter vorangetrieben werden.

Bei all dem darf aber die politische Aufklärung nicht zu kurz kommen, die sich nicht nur auf kurzfristige Aktionen, sondern vor allem auch auf die Arbeit in Schulen und Bildungseinrichtungen konzentrieren sollte. Soweit möglich könnten auch direkte Kontakte zu Partnergemeinden in der "Dritten Welt" geknüpft bzw. ausgebaut werden.

Kontakte

Weltladen in der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier e.V.: Pfützenstraße 1, 54290 Trier; 0651/9941016; www.agf-trier.de

Eine-Welt-Pädagogik für Gruppen und Schulklassen: Uta Matte, 0651/72882

gepa Großverbraucherservice Saar: Dirk Becker, Oewiger Straße 159, 54295 Trier; 0651/9985195; www.gepa-gv.de

Diözesanstele Weltkirche des Bistums Trier: Ludwig Kuhn, Hinter dem Dom 6, 54290 Trier; 0651/7105-398; www.dioezese-trier.de

Fair-Handelszentrum-Südwest eG: Angela-Braun-Straße 16b, 66115 Saarbrücken; 0681/7619544; www.fair-handel-suedwest.de

ELAN – Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz: Kaiser-Wilhelm-Ring 2, 55118 Mainz; 06131/9720867; www.elan-rlp.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Lokale Agenda 21 Trier e.V.

3. Auflage, Trier, April 2010

VerfasserInnen:

An der Entstehung dieses Zielpapiers haben hauptsächlich die Mitglieder und MitarbeiterInnen des Lokale Agenda 21 Trier e.V. mitgearbeitet.

Zu einzelnen Themenfeldern haben nachstehend genannte Personen einen Beitrag verfasst. Ihnen gilt unser besonderer Dank:

Sanja Brkić
Dr. Dieter Everz
Bruder Simeon A. Friedrich
Waltraut Jammers
Peter Kappenstein
Andreas Krebs
Eckart Leipprand
Prof. Dr. Heiner Monheim
Raimund Scholzen
Prof. Dr. Harald Spehl

Danken wollen wir auch all jenen, die durch konstruktive Kritik und wertvolle Ratschläge zum Gelingen dieses Zielpapiers beigetragen haben.

Lektorat und Layout und Satz:

Benedikt C.-F. Freiherr von Lüninck

Titelseite: Diana Ruhmüller